

NAMIBIA

Gesundheits- politik und HIV

SÜDAFRIKA

Arbeitslose Jugend



MOÇAMBIQUE – ÖSTERREICH

Nachruf auf Malangatana

SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC:

- ➔ Dokumentation und Bibliothek in
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten: Dienstag 13.30-17.30)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
URL: <http://www.sadocc.at>
- ➔ das quartalsweise erscheinende
Magazin INDABA
- ➔ monatliche Veranstaltungen
„Forum Südliches Afrika“
- ➔ Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“
- ➔ Projekt „Women in Need“ in Kapstadt

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 22,- (für Institutionen EUR 40,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 13,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 20151, Konto 610 512 006; Spenden erbeten auf Konto: Postsparkasse, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960.

ACHTUNG - geänderte Postadresse: Wir haben unser Postfach aufgelassen – postalische Zusendungen bitte nur mehr an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1!

SMS aus Südafrika

Energy price increase: How will the poor pay for electricity with the high increases? How we will balance the need for development and climate change? Use of nuclear energy?

J. N. (Johannesburg)

Elfriede Pekny-Gesellschaft

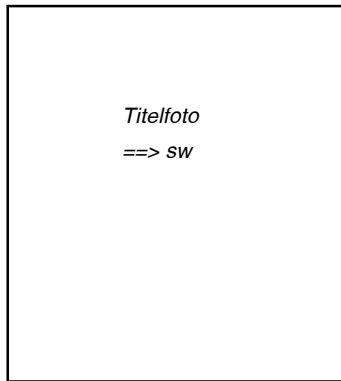
Die Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC. Spenden können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000

- *Offenlegung: INDABA wird herausgegeben vom Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOCC) in Wien (ZVR-Zahl 973735397) und bezweckt die Information und Diskussion über Entwicklungen im Südlichen Afrika. Dem Vereinsvorstand gehören an: Mag. Bernhard Bouzek, HK Lydia Dyk, Dr. Astrid Esterlus, Johann Gattringer, Dr. Ingeborg Grau, MSc Ulrike Gomelsky, Adalbert Krims, Univ. Prof. Dr. Walter Sauer, Abg. z. Ltg. Godwin Schuster, Dr. Gabriele Slezak.*

HIV/Aids: Evangelischer Spendenskandal? 4

spektrum 8



Dauerrauch über dem Kongo 16

Update: Rudolf Pöch 24

3 Namibia: Regierung und NGOs gegen HIV/Aids

Um die Verbreitung der Pandemie einzudämmen, muß die Stellung der Frauen gestärkt werden, berichtet Chileshe Gloria Mange.

10 Zeitbombe Jugendarbeitslosigkeit

Schaffung von Arbeit und Bekämpfung der Korruption – nur so wird Südafrika eine soziale Revolte vermeiden können, meint Jay Naidoo.

13 Zimbabwe: Umfrage zu Politik

Ein Großteil der Bevölkerung will die Veränderung der Verfassung, fürchtet aber eine Rückkehr zur politischen Gewalt.

20 Malangatana Valente Ngwenya Ein Nachruf

Margit Niederhuber über den auch in Österreich bekannten Künstler aus Moçambique, der am 5. Jänner in Lissabon verstarb.

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **e-mail:** office@sadocc.at. **URL:** <http://www.sadocc.at>. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Afrobarometer, Espérance-François Bulayumi, Lydia Dyk, Adalbert Krims, Chileshe Gloria Mange, Jay Naidoo, Margit Niederhuber, Eva Rauter, Walter Sauer. **Fotos:** Espérance-François Bulayumi, Lydia Dyk, Astrid Esterlus, GAIN, Steffi Knoll, Josef Pampalk, SADOCC, Walter Sauer, Uschmann/Evangelischer Presseverband. **Redaktionsschluß** dieser Ausgabe: 18. März 2011. **Konto:** BA-CA, BLZ 12000, Konto-Nr. 00610 512 006 oder PSK, BLZ 60000, Konto-Nr. 93.009.960. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Peter Jankowitsch, Wien; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Shula Marks, London; Christian Mährdel, Wien.

Liebe Leserinnen und Leser!

Werden die demokratischen Prozesse in Nordafrika und im Mittleren Osten auch im Südlichen Afrika Nachahmung finden? Diese Frage beschäftigte in den vergangenen Wochen nicht nur oppositionelle Bewegungen und politische Kommentatoren, sondern vor allem auch die regierenden Politiker selbst.

Indaba heißt Neuigkeit oder Gespräch

Ein klarer Fall wäre Swaziland, die letzte absolutistische Monarchie Afrikas, wo die Polizei bereits ein hartes Durchgreifen gegen die für 18. März geplanten Proteste angekündigt hat. Ähnlich in Zimbabwe, wo der Verteidigungsminister die Entschlossenheit des Militärs bekundete, „chaotische Zustände wie in Tunesien oder Ägypten“ zu verhindern. Aber wir dürfen davon ausgehen, daß auch in anderen Staaten der Region hinter verschlossenen Türen Krisenstäbe tagen, um sich auf mögliche Aufstandsszenarien vorzubereiten. Südafrikas Staatspräsident Jacob Zuma machte es sich wohl zu leicht, wenn er während seines Staatsbesuchs in Paris erklärte, (Subsahara-) Afrika sei ohnehin demokratisch, da könnte es zu Entwicklungen wie in Nordafrika gar nicht kommen.

Tatsache ist – und kein Geringerer als Zumas Parteikollege Jay Naidoo wies darauf hin (vgl. S. 10 in diesem Heft) –, daß praktisch alle sozialen und manche der politischen Ursachen der Volksaufstände in Nordafrika auch dem südlichen Teil des Kontinents nicht fremd sind: massenhafte Arbeitslosigkeit und Perspektivenlosigkeit der Jugend, Korruption und neureiche Arroganz, die zunehmende Abgehobenheit der regierenden Parteien von ihrer Wählerschaft, die Überalterung der politischen Führung.

Ich stimme zwar mit unserem Kolumnisten Adalbert Krims (S. 19) überein, daß – aus welchen Gründen auch immer – ein „ägyptisches Szenario“ im Süden auf kurze Sicht nicht zu erwarten ist. Dessenungeachtet: Die Probleme bestehen und werden sich in irgendeiner Weise Gehör verschaffen.

Zu hoffen wäre, daß sich die Beratungen hinter den verschlossenen Türen mehr mit der Beseitigung der Ursachen der Krise beschäftigen und nicht nur mit dem „Management“ der erwarteten Proteste...



Proteste seit Jahren auch in Südafrika

Walter Sauer

Frauen besonders betroffen: HIV/Aids in Namibia

In beeindruckenden Präsentationen informierte Gloria Chileshe Mange, freiberufliche Konsultantin für Gesundheitsmanagement in Windhoek, bei SADOCC-Veranstaltungen in Wien und Linz über die HIV-Pandemie im Südlichen Afrika. Hier eine Kurzfassung ihres Vortrags.

Ich möchte Euch einige aktuelle Erfahrungen mit HIV und Aids aus Namibia, aber auch aus anderen Ländern des Südlichen Afrika, vermitteln. HIV/Aids ist an sich ein sehr breites Konzept, in dem praktisch alle sozialen Probleme, vor denen diese Länder stehen, enthalten sind. Ich habe mich entschlossen, einen Schwerpunkt auf Frauen zu legen. Im Südlichen Afrika ist HIV stark feminisiert und trägt das Gesicht von Frauen, vor allem von jungen Frauen. Wenn Ihr in einem afrikanischen Kontext an HIV denkt, so assoziiert damit das Gesicht einer jungen Frau. Wenn Ihr wollt, nehmt mein Gesicht dazu. Bitte ruft Euch in Erinnerung, daß jene, die in Namibia oder im Südlichen Afrika insgesamt am stärksten von HIV betroffen sind, junge Frauen zwischen 15 und 24 Jahren sind. Die Verbreitungsrate in Namibia heute liegt bei 18,3%, also bei fast 20% – eine von fünf Personen ist betroffen.

Meine Präsentation geht weiters von einer NGO-Perspektive aus. Ich habe sechs Jahre lang eine Nichtregierungsorganisation in Namibia geleitet, die sich in ihrer Arbeit mit lokalen Gemeinschaften an der Basis speziell mit Reaktionen auf HIV/Aids beschäftigt hat. Die Zivilgesellschaft ist nicht Bestandteil der Regierung, aber sie muß bei der Umsetzung gesundheitspolitischer Maßnahmen mit

der Regierung zusammenarbeiten, sonst bleiben diese lückenhaft. Und ich möchte einige dieser Lücken auch ansprechen.



„Assoziiert mit HIV in Afrika das Gesicht einer jungen Frau. Wenn Ihr wollt, nehmt mein Gesicht dazu...“

generell ist zu sagen, daß die meisten afrikanischen Regierungen seit der Konferenz in Beijing verschiedene Maßnahmen gesetzt haben, um die Ungleichheit der Geschlechter und vor allem die Gewalt gegen Frauen zu thematisieren. Dessenungeachtet be-

steht die Epidemie im Südlichen Afrika, und auch in Namibia, ungebrochen fort, und sie ist nach wie vor feminisiert. Mehr als 60% der Infektionen in Namibia betreffen Frauen! Frauen sind anfällig für HIV, erstens aus biologischen Gründen und zweitens wegen verschiedener sozialer Normen. Was wir gesehen haben, ist eine starke Verbindung zwischen reproduktiven Gesundheitsrechten, gender-basierter Gewalt, kulturellen Praktiken und HIV (INDABA 57/08). Viele dieser kulturellen Praktiken fachen die Epidemie geradezu an und machen Frauen noch anfälliger.

Ich gebe Euch ein kleines Beispiel. Bei den Herero in Namibia ist es üblich, daß eine Witwe nach dem Tod ihres Ehemannes dessen Bruder übergeben wird, man nennt das Witwen-erbschaft. Früher beabsichtigte man damit, die soziale Versorgung der Frau sicherzustellen. Ihr Schwager sollte sie und ihre Kinder also zu sich nehmen und sich um sie kümmern. Aber dieses Sich-um-sie-Kümmern hat natürlich auch seine Konsequenzen, es besteht eine Erwartung von Sex. Und weil es dabei keine Tests gibt und keine Möglichkeit, darüber zu verhandeln, es ist eben eine soziale Praxis, so trägt das heute zur Verbreitung von

**Manche
Traditionen
fördern HIV**

HIV bei. Und das ist nur ein Beispiel von vielen.

Auf Grundlage verschiedener internationaler Übereinkommen hat die namibische Regierung versucht, Genderfragen zu thematisieren und Frauenrechte gesetzlich zu verankern. Folgende Rechtsakte möchte ich nennen:

- die namibische *Verfassung*
- der *Combating of Domestic Violence Act*, 4 von 2003 – man schätzt, daß jede vierte Frau in Namibia von



Beeindruckende Präsentationen in der SADOCC-Bibliothek in Wien...

häuslicher Gewalt betroffen ist, aus vielen Gründen – Arbeitslosigkeit, Alkohol- und Drogenmißbrauch, die Schlechterstellung der Frau etc.;

- der *Combating of Rape Act*, 8 von 2000 – das Niveau der Vergewaltigungen in Namibia ist hoch, die Strafen wurden im Lauf der Jahre immer wieder verschärft;

- der *Married Person's Equality Act* – ein sehr kontroversielles Gesetz, weil dadurch der unfreiwillige Geschlechtsverkehr in der Ehe ebenfalls als Vergewaltigung geahndet werden kann;

- der *Criminal Procedure Act*, 51 von 1977 in der Fassung von 2003

- der *Labour Act*, 6 von 1992 – sieht u. a. bei Postenausschreibungen die Bevorzugung weiblicher Kandidaten bei gleicher Qualifikation vor;

Kontroverse

In Heft 68/10 berichteten wir über die Kritik des Vereins Pamoja am Verschwinden von deutschen und österreichischen Spendengeldern an die Lutherische Kirche von Tanzania sowie an der Situation der HIV-Patienten in dem betroffenen Projekt in Bulongwa. Dazu erreichte uns eine Stellungnahme von Michael Bünker und Karl Schiefermair namens der evangelischen Kirche:

Im Kampf gegen HIV/AIDS und in der medizinischen Versorgung der Patienten/inn/en und Begleitung der infizierten Personen sowie deren Angehörigen, insbesondere den Waisen, stehen in Afrika seit vielen Jahren die Kirchen an vorderster Front. Auch für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Tanzania (ELCT), wo mehr als eine Million Menschen mit HIV/AIDS infiziert sind und etwa 150.000 jährlich daran sterben, hat der Kampf gegen die Pandemie Priorität. Derzeit ist die ELCT beteiligt am Tunajali HIV/AIDS Care and Treatment Program, das von Deloitte Tanzania in Kooperation mit USAID durchgeführt wird.

Angesichts dieser Tatsachen bedauern wir es umso mehr, daß es vor einigen Jahren am Krankenhaus in Bulongwa in der Süd-Zentral-Diözese der ELCT zum Mißbrauch von Spendengeldern gekommen ist. Spendengelder aus Österreich waren davon nicht betroffen. Dieser Mißbrauch, der sich hauptsächlich im Jahr 2004 ereignete, konnte bedauerlicherweise nicht restlos aufgeklärt werden. Mittlerweile sind alle der Korruption verdächtigten Personen aus ihren Ämtern entfernt worden. Konkret beschuldigt wurde die damalige Leitung des Krankenhauses, das waren der leitende Arzt, der Verwalter, der Buchhalter und der Kassier. Die Gerichtsverfahren sind teilweise noch im Gange. Der damalige Bischof Shadrack Manyewa, dem Verletzung der Aufsichtspflicht vorgeworfen wurde, ist nicht wieder gewählt worden. Aufgrund dieser Konsequenzen durch die ELCT ist eine erneuerte Weiterfüh-



Bischof Michael Bünker

Aids-Spenden II

rung der Arbeit in Bulongwa ermöglicht worden. Nach Auskunft des derzeit zuständigen Bischofs Dr. Hance Mwakabana arbeitet das Krankenhaus mit den gegebenen Möglichkeiten im Interesse der HIV/AIDS- Infizierten und deren Angehörigen.

Die Überseepartner der ELCT – das sind Mission EineWelt (Bayern), das Nordelbische Missionszentrum (Hamburg), die Kirchenprovinz Sachsen und der Evangelische Arbeitskreis für Weltmission (Österreich) – haben als erste Maßnahmen ihre Zahlungen an Diözese und Krankenhaus eingestellt und unabhängige Rechnungsprüfungs- und Untersuchungsberichte verlangt. Hierauf haben die deutschen Partnerorganisationen, nachdem die Konsequenzen gegen die Verantwortlichen gezogen und eine Umstrukturierung der rechtlichen Grundlagen der Diözese und des Krankenhauses Bulongwa durchgeführt waren, ihre Unterstützung im Rahmen der bestehenden Partnerschaftsabkommen wieder aufgenommen.

Zusammenfassend: Es ist nach wie vor zu bedauern, daß es nicht zu einer restlosen Aufklärung der Vorkommnisse, die nun schon einige Jahre zurückliegen, gekommen ist. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Ansichten über die Vorkommnisse und deren Folgen auseinander gehen. Aber weder die zuständige Kirche ELCT noch die Partnerorganisationen in Europa sind untätig geblieben. Was die Situation heute anlangt, haben wir keinen Grund, an den Informationen zu zweifeln, die wir von den deutschen Partnerorganisationen der ELCT sowie von deren leitenden Vertretern erhalten.



Michael Bünker ist Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich. Karl Schiefermair ist als Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche auch für Entwicklungszusammenarbeit zuständig.

- der *Communal Land Reform Act*, 5 von 2002 – er regelt die Rechte von Frauen im Bereich der Landreform.

Das sind nur einige Beispiele, und was ich damit sagen will, ist, daß wir zumindest auf dem Papier die politischen Grundlagen und das Bekenntnis der Regierung zur Gendersolidarität haben.

Es wurde auch ein eigenes Frauenministerium eingerichtet, das *Ministry of Gender Equality and Child Welfare*, mit dem wir eng zusammenarbeiten und das u. a. eine Datenbank der Aidswaisen führt, die als Grundlage für die Auszahlung des Waisenzuschusses verwendet wird.

Namibia war eines der ersten Länder im Südlichen Afrika mit kostenloser antiretroviraler Versorgung. Fast die Hälfte der Betroffenen ist gegenwärtig in diese Programme einbezogen. Wie auch in anderen Ländern



...und bei SADOCC Linz

der Region mußte sich die Reaktion der Regierung erst entwickeln. Als die ersten Fälle auftraten – Anfang der Neunzigerjahre betrachtete man Aids noch als „Rückkehrerkrankheit“, weil manche Heimkehrer aus dem Exil HIV-positiv waren –, versuchte man es noch mit dem ABC-Ansatz: A für „abstain (Enthaltsamkeit)“, B für „faithful (eheliche Treue)“ und C für „condomise (Verwendung von Kondomen)“, was vor allem für die Kirchen problematisch war (und die waren gleichzeitig

die ersten, die sich um Aufklärung bemühten).

Ziemlich bald aber änderten sich die Kampagnen, und vor allem die Medien begannen andere Botschaf-



„Als ich aufwuchs, hatte ich weniger Rechte als mein jüngerer Bruder. Ich mußte das Geschirr waschen, kochen, all diese Dinge, und mein jüngerer Bruder konnte mehr entscheiden als ich...“

ten zu vermitteln: erstens, daß Aids zwar nicht notwendigerweise zum Tod führt und es möglich ist, trotz HIV ein positives Leben zu führen, daß die Infektion aber trotzdem vermieden werden muß. Zweitens stellten sie HIV-Positiven eine Plattform zur Verfügung, um in die Öffentlichkeit zu treten und über sich zu sprechen. Eine der ersten dabei war eine Frau namens Emma, die 1996 ihre Geschichte öffentlich machte. Ein anderer Grund, warum die Regierung ihr Engagement erhöhte, war natürlich die starke Betroffenheit gerade der arbeitsfähigen Jahrgänge, vor allem bei bestimmten Gruppen der Arbeiterschaft, bei Bergleuten, LKW-Fahrern, Fischern usw. Es gab zahlreiche Ausfälle im Arbeitsprozeß, Menschen blieben weg oder starben, und darum mußte man sich kümmern. Dann natürlich auch die Gerichtsprozesse gegen die Diskriminierung der HIV-Positiven. All das trug dazu bei, daß die riesige Dimension

der Epidemie erkannt wurde und man begann, etwas dagegen zu unternehmen.

Wie gesagt war Namibia eines der ersten Länder, die den Menschen die Medikamente kostenlos zur Verfügung stellten. Die Medikamente sind also vorhanden. Dennoch gibt es Probleme. Eines davon ist der Zugang zu den Gesundheitseinrichtungen. Die Distanzen sind riesig, vor einigen Jahren gab es auch sehr heftige Regenfälle und in Folge Überschwemmungen, sodaß viele Menschen einfach nicht zu den Gesundheitsposten gelangen konnten. Man versucht es jetzt mit mobilen Kliniken, aber dazu gibt es wieder zu wenig ausgebildete Ärzte und Krankenschwestern. Im allgemeinen stammen die meisten Ärzte in Namibia ja aus dem Ausland; voriges Jahr wurde an der *University of Namibia* in Windhoek eine medizinische Fakultät errichtet, aber das dauert natürlich noch Jahre, bis wir die ersten einheimischen Ärzte haben werden.

Ein anderes Problem besteht darin, daß viele dabei überfordert sind, täglich und das ein Leben lang ihre Tabletten zu nehmen. Daß Medikamente zur Verfügung gestellt wurden, geschah zwar relativ schnell, aber es gab nicht genügend soziale Strukturen, um die Betroffenen aufzufangen und zu unterstützen. Auch die Nebenwirkungen sind sehr stark.

Weiters besteht die Schwierigkeit der Ernährung—die Medikamente sind im menschlichen Körper sehr aktiv, und daher benötigt man eine ausreichende Ernährung. Aber wenn sich jemand nicht einmal einen Laib Brot leisten kann, ist es natürlich schwierig. Eine mögliche Strategie besteht darin,

die Ernährungssicherheit zu erhöhen, man versucht das zum Beispiel mit dem Anlegen von Gemeinschaftsgärten.

Es fehlt uns also nicht an gesetzlichen Grundlagen oder an politischen Maßnahmen, aber die Umsetzung an der Basis ist nicht stark genug oder manchmal auch gar nicht vorhanden. In Wirklichkeit sind es die Nichtregierungsorganisationen, die den größten Beitrag zur Umsetzung der Politik leisten. Und sie werden dabei nicht von der namibischen Regierung finanziert, sondern von ausländischen Gebern.

Die Regierung ist offen für das Engagement von NGOs, sie bekennt sich zu einer Arbeitsteilung, und kurz gesagt sind es in erster Linie die NGOs, die mit den Gruppen auf lokaler Ebene arbeiten, um die Politik betreffend HIV/Aids umzusetzen. Wahrscheinlich geht



...Das ist es, was ich ein patriarchales System nenne, wenn Du als Frau mit der Überzeugung aufwächst, daß der Mann immer besser ist als Du, daß er eine Autorität ist.“

es auch gar nicht anders. Unsere Regierungen verfügen nicht über geeignete Strukturen, um soziale Wohlfahrt für alle zu gewährleisten, und wir kommen aus hauptsächlich kapitalistischen Gesellschaften, in denen das einzelne Individuum für sich selbst Verantwortung übernehmen muß. Und

deshalb haben die NGOs im Südlichen Afrika ihre Rolle.

Zu unseren Aktivitäten gehört es zum Beispiel, politischen Entscheidungsträgern klar zu machen, daß wir einen politischen Prozeß von unten nach oben wollen. Vielfach wird Politik ja in schicken Hotelzimmern gemacht mit verschiedenen Ministern, die erklären, was das Land gerade braucht. Wir glauben, daß die Leute an der Basis selbst wissen, was sie brauchen, und daß Politik darauf aufbauen und das realisieren muß. Deshalb stehen wir mit der Politik im Dialog.

Ebenso suchen wir den Dialog in den Dörfern. Das ist ausgesprochen wichtig. Wir NGOs bringen die Menschen zusammen, damit sie klären, was die besten Lösungen für sie sein können, um jedem namibischen oder afrikanischen Bürger und jeder Bürgerin ein lebenswertes Leben zu ermöglichen. Dabei geht es auch darum, die schon erwähnten kulturellen Praktiken anzusprechen, welche die Verbreitung von HIV fördern. Im afrikanischen Kontext, auch in Namibia, besteht ein patriarchales System – der Mann ist das Haupt der Familie, und alles, was die Frau möchte, muß im Einklang mit diesem patriarchalen System stehen.

Als ich zum Beispiel aufwuchs, hatte ich weniger Rechte als mein jüngerer Bruder. Ich mußte das Geschirr waschen, kochen, all diese Dinge, und ich wuchs in der Erwartung auf, später einmal einen Mann zu finden – und das würde das Leben sein. Mein jüngerer Bruder demgegenüber hatte viel mehr Freiraum und, hierarchisch gesehen, konnte er mehr entscheiden als ich. Das ist es, was ich ein patriarchales System nenne, und das verstärkt die Geschlechterunter-

schiede im Kontext der afrikanischen Kultur, weil Du als Frau mit der Überzeugung aufwächst, daß der Mann immer besser ist als Du, daß er eine Autorität ist.

Was wir also tun, in Namibia, in Malawi und anderen Ländern, ist, daß wir Frauen zusammenholen und ihnen klarzumachen versuchen, daß sie mehr Rechte haben, als das so üblich ist, und daß sie diese auch nutzen müssen, weil sie anfälliger sind für HIV und andere Gesundheitsgefährdungen als Männer. Wir versuchen Bewußtseinsbildung, und das ist nicht immer einfach, weil viele Frauen mit ihrer Lage zufrieden sind.

Gleichzeitig versuchen wir auch den Dialog mit den sogenannten „Wächtern der Kultur“, also den traditionellen Autoritäten, den Chiefs. Wir sagen ihnen, Euer Job ist es auch, Frauen zu beschützen, auch das ist Teil der Kultur, also was tut Ihr, um Frauen vor HIV und all dem zu beschützen? Wir wollen die traditionelle Kultur nicht abschaffen, aber es gibt gewisse Praktiken, die nicht schützen. Die Menschen sterben in den Dörfern, also warum geht Ihr nicht einen anderen Weg? Es gibt andere Möglichkeiten, eine junge Witwe zu versorgen, als sie mit dem Bruder ihres verstorbenen Mannes zusammenzugeben, die ganze Gemeinschaft kann für sie sorgen und für ihre Kinder. Oder wenn schon, warum nicht vorher ein Aidstest? Also, das sind unsere Argumente, denn ohne die Kustoden der alten Kultur zu gewinnen, wird sich nie etwas ändern, zumal das traditionelle Rechtssystem von den meisten Regierungen ja anerkannt wird.

Eine andere Intervention unsererseits ist die Schaffung von Einkommensmöglichkeiten für Frauen. Ich gebe Euch ein Beispiel – das *Pots of*

Hope Community Development Project in Kamanjab, Kunene. Das ist eine kleine, sehr arme Gemeinde, viel spielt sich da nicht ab, nicht einmal viel Tourismus. Jemand hat einmal gesagt, gib jeder Frau in Afrika einen Job, und Du reduzierst HIV um 80 %. Das ist so noch nicht bewiesen, aber ich glaube, daß es jedenfalls einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Empowerment von Frauen und einer abnehmenden HIV-Prävalenz bzw. geringerer gender-basierter Gewalt gibt. Diese Frauen stellen Töpfe her, es ist eine Töpferwerkstatt, und sie verkaufen diese Töpfe dann an Touristen. Mit diesem zusätzlichen Einkommen werden sie befähigt, ihre schlecht funktionierenden Beziehungen, Ehen zu verlassen und für sich und ihre Kinder selber zu sorgen. Denn eines ist ja klar: Solange Frauen nicht respektiert werden, solange können auch die Kinderrechte nicht vollständig umgesetzt werden.

Was sind die Aufgaben der Zukunft? Zum einen müssen wir die sexuellen und reproduktiven Bedürfnisse ernstnehmen. Wie gesagt, die am meisten Betroffenen von HIV/Aids sind die Jungen zwischen 15 und 24, vor allem die Frauen. In zehn Jahren sind sie im arbeitsfähigen Alter oder gehen auf die Universität, es hat seine wirtschaftlichen Auswirkungen. Wir müssen uns also verstärkt um die Sexual- und Reproduktionsrechte der Jugend kümmern.

Das betrifft unter anderem auch die Frage der Abtreibung. In Namibia und in vielen Ländern Afrikas – außer in Südafrika – ist Abtreibung heute verboten, ausgenommen unter besonderen Umständen. Wenn eine Frau in Namibia zum Beispiel vergewaltigt wird oder

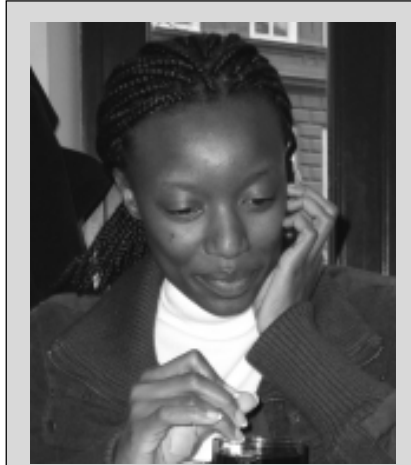
Dialog mit den Frauen und mit den Chiefs

Rechte der jungen Frauen stärken

nachweisen kann, daß die Geburt für sie ein großes gesundheitliches Risiko bedeuten würde, dann kann Abtreibung gestattet werden. Im Fall der Vergewaltigung ist es erforderlich, um den Schwangerschaftsabbruch in einem Spital vornehmen zu dürfen, binnen 24 Stunden Meldung bei der Polizei zu erstatten, und dann braucht man zwei positive Gutachten von spezialisierten Ärzten, Psychiatern. Allerdings gibt es in ganz Namibia heute nur einen einzigen Psychiater! Hier ist die Hilfe durch NGOs also auch unerlässlich. Man versteht natürlich, warum es strenge Gesetze gibt, aber welche Optionen haben angesichts dessen die Frauen? In Namibia stehen wir vor einem zunehmenden *baby dumping*, Babys werden einfach getötet und irgendwo liegengelassen, und die Zahl unsachgemäßer Abtreibungen nimmt zu. Mit irgendwelchen verrückten Instrumenten werden Eingriffe in irgendwelchen Hinterzimmern vorgenommen, die Frauen können sich nicht wehren und werden dabei auch noch infiziert. Das ist ganz alltäglich heute im Südlichen Afrika.

Also, es ist schwierig, darüber zu reden, aber ich denke, wenn man Frauenrechte und sexuelle Rechte anspricht, dann muß man auch davon reden, daß Frauen die freie Wahl haben sollten. Natürlich besteht die Gefahr, daß sich HIV auch durch freieren Sex weiter verbreitet, aber ich halte das immer noch für besser als all diese weggeworfenen Babys. Und wir müssen ja auch bedenken, daß nicht jeder sexuelle Akt freiwillig ist.

Entscheidend ist es, erschwingliche Leistungen in hoher Qualität anzubieten, um ungefährdete Mutterschaft, den Erhalt der Gesundheit für Mutter, das Neugeborene und Kinder sicherzustellen. Dafür ist der Beitrag der NGOs unersetzlich. Ich betone das noch einmal, weil die Regierung,



Gloria Chileshe Mange ist Konsulentin für Gesundheitspolitik in Windhoek

gen, so engagiert sie auch sein und so hart sie gearbeitet haben mögen, auf die Unterstützung aller angewiesen sind, vor allem wenn es um die Verhältnisse an der Basis geht.

Ich weiß, daß hier in Europa und Nordamerika das Interesse an Entwicklungshilfe abnimmt, es gibt diese *aids fatigue*, viele Menschen haben schon genug davon, seit dreißig Jahren und mehr immer nur von Aids zu hören, und offenbar ändert sich nichts. Ich hoffe, daß meine Präsentation dazu beitragen konnte, daß das Bewußtsein, daß HIV/Aids immer noch ein großes, großes Thema ist, unter den Menschen hier nicht abnimmt.

Auf der anderen Seite aber müssen wir in Afrika, Regierungen und alle Afrikanerinnen und Afrikaner, ebenfalls mit Engagement aufwarten. Es geht auf Dauer nicht an, daß alles von außen kommt, die Forschung, die finanziellen Mittel, die Ärzte, einfach alles. Wir müssen mehr tun als bisher. Es ist ein afrikanisches Problem, so sieht es die Welt zumindest, und es ist ein Problem der afrikanischen Frauen. Wir müssen uns aufraffen und uns fragen, was wir selber zu einer Lösung beitragen können.

... spektrum ...

Kommunalwahlen in Südafrika. Der Termin für die Wahlen auf lokaler Ebene wurde nun für den 18. Mai 2011 festgelegt. Nach Einschätzung der *Independent Electoral Commission (IEC)* wird es sich vermutlich um die umstrittensten und heißesten Kommunalwahlen in der Geschichte des Neuen Südafrika handeln. Die Registrierung der Wähler/innen fand am 5. und 6. März statt.

Vor allem der *African National Congress* hat Verluste zu fürchten, nicht nur infolge der gerade auf lokaler Ebene vielfach punktenden oppositionellen *Democratic Alliance*, sondern auch angesichts der zunehmenden Enttäuschung der Wählerschaft über die geringen Fortschritte beim *service delivery*, also der Erbringung kommunaler Leistungen. Nicht zuletzt die traditionell ANC-nahe *South African Municipal Workers Union (SAMWU)*, mit ihren 136.000 Mitgliedern eine gerade auf lokaler Ebene sehr wichtige Bündnispartnerin, drohte Anfang März damit, der Regierungspartei ihre Unterstützung zu entziehen oder die Wahlen überhaupt zu boykottieren. Ausschlaggebend dafür sind zahlreiche Konflikte in letzter Zeit über schlechte Arbeitsbedingungen, mangelhaftes kommunales Service und angebliche Korruption von ANC-Gemeinderäten. In Tshwane wurden von der Stadtverwaltung 900 streikende SAMWU-Leute entlassen (die Gewerkschaft prozessiert dagegen vor Gericht), eine Person wurde bei einer Protestkundgebung von der Polizei erschossen.

Auch die katholische Bischofskonferenz hat sich in einem Hirtenbrief vom 4. März kritisch über den Stand der Kommunalpolitik in Südafrika geäußert. Viele öffentliche Vertreter/innen sähen die Politik nur als Mittel zur

Selbstbereicherung und nicht als Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit. Korruption, Nepotismus und Eigeninteressen seien die Folge, und das Wohlergehen der Gemeinden bliebe auf der Strecke. Die Bischöfe schließen einen Kriterienkatalog an, mit dessen Hilfe das Verhalten der Lokalpolitiker von den Gläubigen beurteilt werden sollte.

Skandal über Pensionsfonds.

560 Millionen Namibia-Dollar, ungefähr 50 Millionen Euro, sind bei Spekulationen des *Government Institutions' Pension Fund (GIPF)* in Namibia verlorengegangen. Die Tatsache wurde von Staatspräsident Hifikepunye Pohamba Mitte Februar bestätigt, jedoch sollen nun „einzelne Individuen“, denen die Schuld daran zugeschoben wird, zur Verantwortung gezogen werden, nicht jedoch der Aufsichtsrat, der die Transaktionen genehmigt hatte. Die Spekulationen waren bei einer durch den *Auditor General* in Auftrag gegebenen Untersuchung im Oktober 2010 aufgedeckt worden.

Schon 2006 hatte die *Namibia Financial Institutions Supervisory Authority (Namfisa)* von einem unverantwortlichen Umgang mit den Pensionseinzahlungen der öffentlich Bediensteten durch GIPF gesprochen, ohne daß allerdings Maßnahmen getroffen worden wären.

Protesttag in Swasiland. Für den 18. März haben die demokratische Opposition sowie die Gewerkschaften des Landes zu einem friedlichen Protestmarsch in der Hauptstadt Mbabane aufgerufen. Dabei soll dem Büro des von König Mswati III. ernannten Premierminister Barnabas Dlamini eine Petition überreicht werden, in der politische Reformen und die Legalisierung der verbotenen politischen Parteien gefordert werden.

Seit Februar hat sich die politische Temperatur in Swasiland, Afrikas letzter absoluter Monarchie (INDABA 63/09) ständig aufgeheizt. Der Staat ist praktisch bankrott, und große Teile der Öffentlichkeit sind der Meinung, daß Pensionsbeiträge zur Bezahlung der laufenden Regierungsausgaben herangezogen werden.

Seitens des Königs gab es dazu bisher keine Stellungnahme. Im Budgetvoranschlag, im Februar dem nicht demokratisch gewählten „Parlament“ vorgelegt, wurden die Ausgaben der meisten Ressorts um 20 Prozent gesenkt – der Etat für den König und die königliche Familie hingegen um 23 % gegenüber dem Vorjahr erhöht (im Vergleich zum Budget 2009/2010 ergibt sich sogar eine Erhöhung von 63 %). Streiks und Proteste der Krankenschwestern, Lehrer und der Studenten prägten in den vergangenen Monaten die Innenpolitik.

Die Polizei des Königreichs – ohnehin bekannt für ihr brutales Einschreiten gegen Demonstranten – hat für den 18. März allerdings scharfe Gegenmaßnahmen angekündigt.

Was tatsächlich am 18. März – kurz nach unserem Redaktionsschluß – passierte, konnten wir in diesem Heft leider nicht mehr berichten. Wir holen es in der kommenden Ausgabe nach!

Wellington Chibebe. Der als Bürgerrechtskämpfer bekannt gewordene Generalsekretär des *Zimbabwe Trade Union Congress (ZCTU)*, Nachfolger des zum Premierminister aufgestiegenen Morgan Tsvangirai, wurde am 11. Februar 2011 einstimmig zum stellvertretenden Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB, dem auch der ÖGB als Gründungsmitglied angehört, gewählt. Chibebe war in Zimbabwe mehrfach aus politischen Gründen inhaftiert und

wurde in Polizeigewahrsam gefoltert. INDABA veröffentlichte in Heft 46/05 ein Interview mit den engagierten Gewerkschafter und Demokratie-Aktivisten.

Offenbar in Vorbereitung auf die von Präsident Mugabe für heuer angekündigten Parlamentswahlen nimmt die Gewalt gegen oppositionelle politische Aktivisten wiederum zu. 45 Gewerkschafter, Studierende und Rechtsanwälte wurden z. B. am 19. Februar in Harare verhaftet. Zahlreiche andere Vorfälle dieser Art wurden aus vielen Landesteilen berichtet. Selbst Premierminister Tsvangirai erklärte Mitte März, es sei ein Rückfall in die dunklen Zeiten der Gewalttätigkeit zu befürchten.

Insel im Indischen Ozean wird europäisch.

Die Europäische Union wird nach französischen Medienberichten am 31. März um ein Überseegebiet im Indischen Ozean reicher. Die fast ausschließlich von Muslimen bewohnte Komoreninsel Mayotte wird dann zum 101. Departement Frankreichs erklärt. Das 374 Quadratkilometer kleine Archipel würde damit als „extremes Randgebiet“ Teil der EU.

Bei einem Referendum am 29. März 2009 hatten sich 95,2 Prozent der Abstimmungsberechtigten für eine völlige Integration in den französischen Staat ausgesprochen.

Mayotte ist bereits seit 1841 französisch. Als einzige Insel des Archipels verzichteten die Einwohner bei einer Abstimmung 1974 auf die Unabhängigkeit. Heute leben 186.450 Menschen auf der zwischen Moçambique und Madagaskar gelegenen Insel. Jeder Dritte ist ist Ausländer oder Flüchtling. Die Inselbewohner erhoffen sich von der kompletten Eingliederung bessere Sozialleistungen und Stabilität in einer von Armut geprägten Region.

Ärger und Unzufriedenheit gegen eine als plündernd wahrgenommene Elite, die unsere Wirtschaft aussackelt, wachsen. Und man fragt sich, wie viele betrügerische Machinationen es noch geben muß, bis jemand den ersten Stein wirft.

Immer schneller werden wir zu einer der am meisten ungleichen Gesellschaften weltweit. Südafrika heute besitzt den Ruf, einen der höchsten Gini-Koeffizienten aufzuweisen, das ist der Maßstab, mit dem Einkommensungleichheit gemessen wird. Wann werden wir endlich realisieren, daß das viel mehr ist als nur eine weitere unangenehme Statistik? Eines Tages werden unsere jungen Leute genauso auf den Wellen der Revolte reiten wie ihre Eltern auf den Wellen des Widerstands gegen die Apartheid.

Wenn wir uns angesichts dieser Herausforderungen für die Untätigkeit entscheiden, dann werden wir genauso sicher, wie der Tag auf die Nacht folgt, unseren ägyptischen Moment erleben. Das wird nicht heute oder morgen sein und auch nicht nächstes Jahr. Aber das sollte für uns keine Beruhigung sein, denn wenn es einmal so weit kommt – und es wird so weit kommen –, dann betrifft es alle und jeden einzelnen von uns.

Wie ernst unsere Situation ist, zeigt sich auch darin, daß eben dieselbe Jugend, von der wir sprechen, sich den Kauf dieser Zeitung nicht leisten kann und sich wahrscheinlich auch gar nicht mehr um unsere Ansichten kümmert.

1994, unter der Führung Nelson Mandelas, haben wir gelobt, eine Demokratie zu schaffen, in der Menschen im Mittelpunkt stehen sollten und die sich um Wiederaufbau und Entwicklung und die Schaffung eines besseren Lebens für alle, und nicht nur für

einige Ausgewählte, bemühen sollte. Wie können wir daher heute die soziale Kluft überbrücken? Wie gewinnen wir die Euphorie von 1994 zurück? Wie können wir den Menschen wieder ins Zentrum unserer Gesellschaft stellen?

Präsident Jacob Zuma spielte in seiner *State of the Nation Address* darauf an, als er an die weniger glücklichen Mitglieder unserer Gesellschaft appellierte, ihm bei der Schaffung der so sehr benötigten Millionen neuer Jobs zu helfen. Dieser Aufruf zur Zusammenarbeit war ein Zeichen von staatsmännischer Führungsqualität, einer Führung, die uns den Weg in einen mehr gemeinsamen Morgen eröffnen wird. Aber dazu braucht es mehr als nur Zusammenarbeit. Wir brauchen eine neue Vision für unsere Politik und mehr Kreativität in unserer wirtschaftlichen Planung. Denken wir an die fünfzehn Millionen Menschen, die Sozialfürsorge erhalten. Natürlich ermöglichen es diese Subventionen in vielen Fällen, daß Brot auf die Tische kommt, aber gleichzeitig ist es nicht wahrscheinlich, daß ihre Empfänger dadurch je aus ihrer Armut herauskommen werden. Also warum binden wir diese Beihilfen nicht an die Produktion? Warum motivieren wir die Empfänger nicht zu Qualifikationsmaßnahmen als Gegenleistung für das Geld, das sie jeden Monat erhalten, damit sie die Würde erfahren, sich einen Lebensunterhalt verdienen zu können, und die Sozialhilfe als Ausgangspunkt für ein besseres Leben zu sehen?

Und warum liegt überall so viel Land brach? Es ist unverzeihlich in einem Land wie dem unseren, das mit

einem so guten Klima gesegnet ist, daß wir ein Netto-Importeur von Nahrungsmitteln sind. Wir müssen uns über Kooperativen oder soziale Unternehmungen wie BRAC oder die Grameen Bank in Bangladesh Gedanken machen.

Wie auch viele anderen Südafrikaner habe auch ich von den vielen Politikdebatten bei uns in Süd-



Jay Naidoo mit dem Gründer der Grameen-Bank in Bangladesh, Muhammad Yunus

afrika die Nase voll. Und ich möchte nicht wieder einen Wahlkampf, nach dem man wieder zu *business as usual* zurückkehrt. Demokratie ist viel mehr, als nur alle fünf Jahre ein Kreuz irgendwo zu machen. Wir müssen die Wissenschaft öffentlicher Leistungen und ihrer Implementierung perfektionieren – und als ein Instrument verstehen, von unseren Führern Verantwortung einzufordern. Wir brauchen praktische Durchführung, nicht weitere politische Konzepte. Ich finde es bemerkenswert, daß heute 40 % des jährlichen Budgets in die staatlichen Gehälter gehen (die Summe ist in den vergangenen fünf Jahren auf das Doppelte gestiegen), aber die staatlichen Leistungen sich keineswegs verbessert

⇒ Fortsetzung auf Seite 24

Wo ist die Euphorie von 1994?

Zimbabwe:

Was hält die Bevölkerung von der Politik?

Zwar gab es in Zimbabwe zu Ende 2010 noch eine breite Unterstützung für die „Teilung der Macht“, doch nimmt die Kritik an der Koalitionsregierung zu. Die meisten Menschen halten ein Wiederaufleben der politischen Gewalt für die größte Gefahr. Dennoch spricht sich die Mehrheit für freie Wahlen 2011 und zugleich für eine Reduzierung der Macht des Präsidenten aus. Die Ergebnisse einer Studie von Afrobarometer unter erwachsenen Zimbabwe/innen vom Herbst 2010.

Ein Rückblick: nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl vom Juni 2008 ließ die regierende Zimbabwe African National Union Patriotic Front (ZANU PF) im September eine Machtteilung mit den zwei Flügeln des oppositionellen Movement for Democratic Change (MDC) zu (INDABA 59/08). Ein politisches Übereinkommen etablierte im Februar 2009 ein sog. *inclusive government* mit Robert Mugabe als Staatspräsident und Morgan Tsvangirai als Premierminister. De facto wurden von dieser Konzentrationsregierung allerdings nur wenige Bestimmungen des *Global Political Agreement* umgesetzt – hauptsächlich infolge der Weigerung Mugabes und der ZANU-PF, relevante Teile der Regierungs- und Militärmacht abzugeben. Im Oktober 2010 war die Regierung daher in eine Sackgasse geraten, und das Land stand in Gefahr, wieder in eine Phase politischer Instabilität zu stürzen. Öffentlichen Forderungen nach einer Verfassungsreform (INDABA 68/10) wurde mit Gewalt begegnet, im ganzen Land wurden die Milizen der ZANU-PF wieder

aktiv, und beide Seiten forderten Neuwahlen ein.

Im Oktober 2010, als unsere Studie durchgeführt wurde, war das Vertrauen der Zimbabwe/innen in die geteilte Regierungsführung noch stark. Etwa 72 % waren damals der Meinung, daß eine gemeinsame Regierung der beste Weg wäre, um die nach den Wahlen aufgetretene Krise zu lösen. Gegenüber Mai 2009 war sogar eine Steigerung in der Zustimmung (damals nur 66 %) zu vermerken. Nur 21 % betrachten die Konstruktion der Regierung als ineffektiv. Dessenungeachtet sieht die Mehrheit der Befragten in der gemeinsamen Regierung nur eine Kompromißlösung. 42 % sind der Ansicht, so eine Form sollte nur dann gefunden werden, wenn Wahlen schief gehen, weitere 26 % meinen, klare Wahlergebnisse wären besser als Koalitionen.

Zu beachten bleibt aber, daß immer noch zwei von drei Zimbabwe/innen der gemeinsamen Regierung eine gute Arbeit zustehen. Viele erinnern sich jedoch an

die Krisensituation von 2008 und fürchten, diese könnte wiederkehren.

Der Grund, warum trotzdem das Vertrauen zu schwinden scheint, liegt an den Führungskämpfen und dem



Premier Morgan Tsvangirai und seine Stellvertreterin Thokozani Khupe

politischen Stillstand. Dabei erkennt die Bevölkerung klar, daß das Machtungleichgewicht zwischen den politischen Lagern gemeinsame Aktivitäten behindert. So meinten zwei Drittel der Befragten 2010, daß die politische Macht „hauptsächlich“ oder „ausschließlich“ beim Präsidenten läge, und nur 14 % glaubten, daß die Macht gleich verteilt wäre.

Politische Sackgasse?

diese Trends in der öffentlichen Meinung standen in einem Klima wiederkehrender politischer Bedrohung. Im Oktober 2010 sagten sieben von zehn Zimbabwer/innen (also 71 %), daß sie während des Wahlkampfes Angst gehabt hätten, zu „Opfern politischer Einschüchterung oder Gewalt zu werden“. Verglichen mit dem Anfang der Regierungszeit – damals sagte man mehrheitlich, man würde sich frei fühlen zu sprechen, Versammlungen abzuhalten und zu wählen – ist heute nur mehr ein Drittel dieser Ansicht. Stattdessen weicht das Vertrauen in demokratische Freiheiten graduell einem Wiederaufleben der politischen Angst. Diese Situation kommt nahe an die 65 % heran, die im Oktober 2005, als die ZANU-PF einen noch viel größeren Machtanteil innehatte, meinten, daß man „immer vorsichtig sein müsse, wenn man über Politik redet.“

Die Menschen sind auch von einer Abnahme der Möglichkeiten, sich offen politisch zu engagieren, betroffen. Waren es im Mai 2009 noch 52 %, die sich frei fühlten, „jeder politischen Organisation beizutreten“, so waren es im Oktober 2010 nur noch 41 %. Der Umstand, daß der Glaube an das Vorhandensein ziviler und politischer Rechte nun ein eher marginales Empfinden in Zimbabwe ist, läßt für die Qualität jedes kommenden konstitutionellen Referendums oder allgemeiner Wahlen nichts Gutes erwarten.

die größte Veränderung in der öffentlichen Meinung betrifft das Bewußtsein bezüglich der Verfassungsreform. Noch im September 2009 hatte der *Freedom House Survey* in einer Erhebung festgestellt, daß nur 40 % der Zimbabwer/innen je etwas von einer Verfassung gehört hatten. Innerhalb eines kurzen Jahres hat sich nun

diese Zahl verdoppelt. Diese Veränderung kam nicht nur durch die Anstrengungen des zuständigen Parlamentskomitees zustande, Bürger in den verfassungsgebenden Prozeß zu integrieren, sondern auch durch den extremen Widerstand von ZANU-PF-Kadern vor allem in ländlichen Gebieten gegen wesentliche Veränderungen des rechtlichen Rahmens.

Wieder mehr politische Angst

Auf die Frage, woher sie ihre Information über die Verfassungsreform hätten, nannten die meisten Menschen das Radio (26 %), dessen Berichte von der früheren alleinigen Regierungspartei dominiert sind. Versammlungen auf Gemeindeebene waren eine ebenso wichtige Informationsquelle (26 %).

Unklar bleibt dabei freilich, ob die Menschen sich dabei auf Meetings des parlamentarischen Komitees beziehen oder auf solche der politischen Parteien. Immerhin 22 % bekamen „eine Menge“ Information durch politische Funktionäre, das bedeutet, daß der Meinungsbildungsprozeß politisiert wurde.

Einer von drei Befragten sagte, er habe ein öffentliches Meeting über die Verfassung besucht. Und nur eine Handvoll, nämlich 4%, berichteten, sie wären daran gehindert worden, eine Veranstaltung zu besuchen, auf der sie ihre Meinung zur Verfassungsdiskussion kundtun konnten. Dies läßt vermuten, daß Einschüchterungen rund um diese Thematik weniger effektiv waren als anderswo berichtet.

die Umfrage aus dem Jahr 2009 ergibt interessante Einblicke in die öffentliche Meinung betreffend den Inhalt einer neuen Verfassung. Jeweils große Mehrheiten forderten Folgendes:

- die Rechtsprechung solle für alle

Staatsbürger/innen in gleicher Weise gelten, besonders auch für hochrangige Funktionäre (86 %);

- die Abschaffung der (vom Staatspräsidenten) ernannten Parlamentarier (84 %);
- die Errichtung von unabhängigen Gerichtshöfen (80%)
- die Verringerung der Amtsperioden für einen Präsidenten auf höchstens zwei (78 %);
- besseren Schutz für die freie politische Meinungsäußerung (77 %);
- die Abschaffung von Arrestierung ohne rechtliche Grundlage (74 %);
- Garantien für die Unabhängigkeit der Wahlkommission (73 %);
- den Schutz des Eigentums gegenüber illegaler Aneignung (72 %);
- die Beschränkung der Vollmachten der Chiefs auf ausschließlich lokale Angelegenheiten (64 %);

Das Ergebnis der Studie zeigt darüber hinaus eindeutig, daß die Zimbabwer/innen mehrheitlich (41 %) die Verfassung des Landes (also die sogenannte *Lancaster House*-Verfassung, welche seit der Unabhängigkeit besteht und bisher neunzehn Mal novelliert wurde) lieber reformieren wollen als den verfassungsrechtlichen Status Quo beizubehalten. Nur 12 % waren dafür, die derzeitige Form unverändert zu belassen. Diese Minorität repräsentiert allerdings eine Verdoppelung gegenüber jenen, die im September 2009 den Status Quo beibehalten wollten – wahrscheinlich ein Ergebnis der ZANU-PF-Kampagne 2010 zur Beibehaltung der jetzigen Verfassung, welche die allumfassende Macht der Präsidentschaft fest schreibt.

Wie zuvor erwähnt, bevorzugen Zimbabwer/innen offene Wahlen, um Absprachen bezüglich der Machtverteilung zu vermeiden. Diese populäre Überzeugung kommt deut-

lich in jenen 86 % zum Ausdruck, welche die Meinung vertreten, daß „wir unsere Führer durch reguläre, offene und ehrliche Wahlen wählen sollten“. Die zimbabwe'sche Zustimmungsrate zu Wahlen ist eine der höchsten unter den 20 afrikanischen Ländern, in denen *Afrobarometer* Umfragen durchgeführt hat, und wird nur noch von Liberia (88%) und Botswana (89%) übertroffen. Aber bedeutet das, daß die Zimbabwe/innen für Wahlen 2011 bereit sind?

Auf die Frage von *Afrobarometer*: „Meinen Sie, es sollte in Zimbabwe 2011 neue Wahlen geben?“ antworteten 70 % mit „Ja“. Allerdings sollte man mit diesem Ergebnis vorsichtig umgehen. In einer vergleichbaren Studie vom August 2010 nämlich bejahten nur 60 % eine vergleichbare Frage. Und nur 36 % bejahten die etwas allgemeinere Frage: „Ist Ihrer Meinung nach Zimbabwe heute bereit für Wahlen?“

Dabei ist unklar, ob die Leute sich auf ihre persönliche Bereitschaft bezogen oder auf ihre Einschätzung von Institutionen wie der Wahlkommission. In jedem Falle ist zu erwarten, daß die Menschen sich in Hinblick auf Wahlen gespalten fühlen, was angesichts der Erinnerung an die Gewalt während des vergangenen Wahlkampfes allzu verständlich ist.

Während im September 2009 immerhin eine schmale Mehrheit (52 %) Optimismus bezüglich der bevorstehenden Wahlen gezeigt hatte (nämlich daß sie verhältnismäßig frei und fair sein würden), so waren im Oktober 2010 nur noch 46 % ähnlich hoffnungsvoll.

Ein starker Indikator für die Qualität der nächsten Wahlen ist, wie die Menschen den Präsidentenwahlkampf

von 2008 einschätzen, aus dem Robert Mugabe als Sieger hervorgegangen war. Die Menschen, die diese Wahlen mehrheitlich nicht als frei und fair erachteten, erwarten Ähnliches von der kommenden Wahl. Als Maßnahmen, um die Qualität des kommenden Wahlkampfes sicherzustellen, wurden folgende Maßnahmen genannt:

- ein Ende der Gewalt, Frieden erhalten (24 %);
- internationale und einheimische Wahlbeobachter (17 %);
- Manipulationen verhindern (9 %);
- allen Parteien die gleiche Präsentierbarkeit ermöglichen (5 %).

Die *Zimbabwe Electoral Commission (ZEC)* wird mehrheitlich als nicht genügend auf neue Wahlen vorbereitet eingeschätzt.

Seit 1999 dokumentiert *Afrobarometer* die Umfragewerte der zimbabwe'schen Parteien. Frühere Untersuchungen hatten hier eine Abnahme der Unterstützung für die ZANU-PF und eine graduell steigende Sympathie der Massen für MDC-Tsvangirai ergeben. Der Trend wurde allerdings zeitweise unterbrochen, z.B. während der Parlamentswahlen von 2005, als ZANU-PF Loyalität zurück gewann und MDC einige Sitze im Parlament verlor.

Auf die Frage „Wenn es morgen Präsidentenwahlen gäbe, welchen Parteikandidaten würden Sie wählen?“ gaben im Mai 2009 noch 57 % die MDC-T an, im Oktober 2010 aber nur mehr 36%. Die Parallelergebnisse für ZANU-PF waren 10 % im Mai 2009 und 18 % im Oktober 2010.

Am wichtigsten aber ist Folgendes: Der Anteil an Wählern, die sich nicht deklarieren wollen, ist seit der letzten Umfrage von einem Viertel auf ein Drittel gestiegen, ebenso hat der Anteil an Leuten, die nicht zur Wahl



Präsident Mugabe mit Gefolge

gehen wollen, zugenommen. Das heißt, daß man heute über die Parteipräferenzen von 44 % der Wahlberechtigten nichts aussagen kann.

Unter diesen Umständen kann nur betont werden, daß die derzeitigen Daten nicht verwendet werden sollten, um Prognosen über eine allfällig bevorstehende Wahl zu treffen. In Anbetracht der Gewalttätigkeiten während der vergangenen Wahlen und der Bürgerkriegsdrohungen von Seiten ZANU-PF, sollte sie nicht die nächsten Wahlen gewinnen, ist es vollkommen verständlich, daß viele Menschen ihre Wahlintentionen verbergen.

Afrobarometer ist eine Serie vergleichender Studien über die öffentliche Meinung betreffend Demokratie, Herrschaft und Lebensbedingungen in Afrika. Jede nationale Untersuchung – bisher in 20 Ländern – basiert auf einem repräsentativen Sample von mindestens 1.200 Antwortpersonen im Wähleralter. In Zimbabwe wurde die Studie vom 16. bis zum 29. Oktober durchgeführt (redaktionell gekürzt).

dent im kongolesischen Parlament, hat sich unterdessen von der Partei Kabilas (PPRD) getrennt und eine *Union pour la Nation Congolaise (UNC, Union für die kongolesische Nation)* gegründet. Er hat bereits seine Bereitschaft für die Präsidentschaftskandidatur bekundet. Vize-Premierminister Zanga Mobutu weilt seit Oktober 2010



Kabila- und Mobutu-Anhänger nebeneinander

im Ausland – er hat sozusagen die Kabila-Mannschaft ohne Sang und Klang verlassen. Langzeitoppositionsführer Etienne Tshisekedi kehrte im Dezember 2010 nach längerem Spitalsaufenthalt in Belgien nach Kinshasa zurück und kündigte ebenso seine Kandidatur an. Und am 31. Dezember 2010 brachte sich auch der Leader der *Front de Libération Nationale du Congo (FLNC)*, Kapend Elie Kanyimbu, in Stellung und kündete in Kinshasa feierlich seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im November an. FLNC ist die Nachfolgerorganisation der Ex-Katanga-Gendarmen. Sie sind nach langem angolanischen Exil in den Kongo zurückgekehrt und haben sich als Partei auf nationaler Ebene organisiert. Jean-Pierre Bemba, der Widersacher Joseph Kabilas des Jahres 2006, sitzt zwar nach wie vor in Untersuchungshaft im UN-Menschenrechtstribunal in Den Haag. Sein Platzhalter ist Francois Muamba, der Generalsekretär seines *Mouvement de*

Libération du Congo (MLC, Bewegung für die Befreiung Kongos). Auch MLC wird kandidieren, falls Bemba bis zum Stichtag für die Kandidaturen Anmeldung nicht frei kommt.

Unter diesen politischen Gegebenheiten wurde Joseph Kabila bewußt, daß er mit der alten Wahlordnung keine Chance mehr hat, im ersten Wahlgang wiedergewählt zu werden. Deshalb leitete er Anfang Jänner panikartig eine Verfassungsänderung in die Wege. Die beiden Parlamentskammern (Unter- und Oberhaus), die von seiner *Allianz für die Parlamentarische Mehrheit (AMP)* beherrscht werden,

änderten im Eilverfahren innerhalb einer Woche die Verfassung zu seinen Gunsten. Die in der Verfassung bisher garantierte Stichwahl wurde abgeschafft. Eine einfache Stimmenmehrheit wird fortan genügen, um den Erstgereihten zum Präsidenten aller Kongolesinnen und Kongolesen – mit mehr Macht-kompetenz als jene des französischen Präsidenten – zu küren –, auch wenn es nur 20 % der Stimmen sein sollten, die Joseph Kabila vielleicht erhalten würde. In der Tat ist es aufgrund der Anzahl von Mitbewerber/innen bei den Präsidentenwahlen eindeutig, daß niemand unter den Kandidat/innen auf mehr als 50 % der Wählerstimmen wird kommen können. Die Opposition tobte vergeblich. Die arithmetische parlamentarische Mehrheit verhalf Joseph Kabila dazu, einen „parlamentarischen Kampf“ zehn

Monate vor den Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. An sich kein verfassungswidriger Vorgang, der aber eine schiefe Optik auf das internationale Engagement in der afrikanischen Region der Großen Seen wirft und zugleich Öllins Dauerfeuer „Kongo“ gießt.

Deshalb ist die Verfassungsänderung zu Gunsten Kabilas als ein „parlamentarischer Pyrrhussieg“ zu betrachten, der die parlamentarische sowie die außerparlamentarische Opposition gestärkt hat. Die kongolesische Zivilgesellschaft – angefangen von den studentischen Verbänden über die Gewerkschaften bis hin zu den Kirchen – ist nicht zufrieden mit dieser Verfassungsänderung. Seriöse Umfragen in der Demokratischen Republik Kongo zeigen, daß die Mehrheit der Kongolesen und besonders stark der Kongolesinnen unter den Umständen, in welchen sich ihr Land befindet, leidet. Je länger die „kongolesischen“ Kriege dauern, desto stärker lehnen sie Korrekturen der Grenze von 1885, also eine Sezession, ab. Sie sehnen sich jedoch eindeutig nach Veränderungen, die eine nachhaltige friedliche Koexistenz unter ihnen ermöglichen.



Militärparade am 30. Juni 2010 in Kinshasa

der Kongokrieg (1996 bis heute) hat direkt oder indirekt sieben Millionen Menschen das Leben gekostet.

Dabei ist die derzeitige Lebensqualität in der DR Kongo schlechter als in den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts. Politische Expertisen bzw. Ana-

das rechtmäßige Erbe der kolonialen Führung.

Die Infrastruktur des Landes erlaubt es überhaupt nicht, von einer Revolution, wie sie derzeit in den arabischen Ländern stattfindet, zu träumen. Die Ausgangssituation ist derart unterschiedlich, daß jeglicher Vergleichsversuch der Realität nicht entsprechen würde.

Dennoch: Kongolesinnen und Kongolesen sehnen sich nach einem/r Friedensbringer/in! Ab und zu kommen auch Menschen, die sich am Anfang ihrer politischen Tätigkeiten als solche darstellen.

Aber sie lösen ihre Versprechungen nicht ein. Ob Joseph Kabila – der jetzige Präsident – der Rolle des Friedensstifters und Perspektivengebers wirklich gewachsen ist, wage ich hier zu bezweifeln. Man soll jedoch den Tag nicht vor dem Abend loben! Die Macht Kabilas wurde vorzeitig von Kabila-treuen Abgeordneten legiti-

miert, obwohl niemand aus heutiger Sicht sicher sein kann, ob die Wahlen im November überhaupt stattfinden werden. Und wenn sie stattfinden, stellt sich die Frage, ob die Kabilisten im

Falle des Wahlverlustes den Sieg der „geeinten Opposition“ akzeptieren oder die Oppositionsführer den „präparierten“ Sieg Kabilas einfach so hinnehmen würden. Also: Ein Dauerrauch über Kongo scheint vorprogrammiert zu sein.

Dr. Espérance-François Bulayumi ist Bildungsbeauftragter am Afro-Asiatischen Institut in Wien. Sein letztes Buch (in Lingala) ist „Ebembe ya Thomson“ (Die Leiche von Thomson), ein Roman über Nahrungsmittelmittelimport in Zentralafrika (Kiamvu, Kinshasa / Wien 2011).

Patrice Lumumba † 1961

Am 17. Jänner 1961 wurde der erste Premierminister des Kongo, Patrice Lumumba, von den Truppen des aufständischen Generals Tshombe brutal gefoltert und ermordet. Dazu der Historiker Adam Hochschild:

Die Ermordung Lumumbas wurde von vielen als ein Wendepunkt in der Geschichte der afrikanischen Unabhängigkeit erlebt. In den 1950er Jahren hatten sich überall in Afrika Unabhängigkeitsbewegungen gebildet. Da war viel Hoffnung, daß die Kolonien unabhängig werden würden. Und ich glaube, die Menschen stellten sich darunter eine wirkliche Unabhängigkeit vor, eine, welche diese Länder befähigen würde, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, wirtschaftlich ebenso wie politisch. Und die Ermordung Lumumbas signalisierte, daß dies nicht so stattfinden würde. Belgien – wie auch andere europäische Kolonialmächte wie Großbritannien und Frankreich – wollten den Kolonien in Afrika Unabhängigkeit nur insoweit geben, als bestehende geschäftliche Interessen nicht darunter leiden würden. Solange die Europäer weiterhin die Bergwerke besaßen, die Fabriken, die Plantagen, solange sagten sie, ok, sollen sie ihre Politik haben.

Aber Lumumba sprach laut und dramatisch, und er sagte, daß Afrika auch wirtschaftlich unabhängig werden sollte. Er sagte es zum Beispiel ausgerechnet am 30. Juni 1960, während des Festakts zur Unabhängigkeit, als er auf eine arrogante Rede des belgischen Königs Baudouin replizierte. Diese Rede setzte meiner Meinung nach jene Entwicklung in Gang, die zwei Monate später dazu führen sollte, daß der CIA seine Ermordung beschloß.



Paul Kagame und Robert Mugabe unter den Ehrengästen

lysen werden gar nicht benötigt, um zu verstehen, daß die Masse der kongolesischen Bevölkerung Opfer hegemonialer Ausbeutungssysteme ist, die Menschen aufgrund raubkapitalistischer wirtschaftlicher Interessen verachten.

Im Osten des Landes werden Frauen unweit der internationalen MONUSCO-Truppen vergewaltigt und ermordet. Kleine Rebellengruppen bereichern sich nach wie vor an dem illegalen Geschäft mit den Bodenschätzen (INDABA 36/02).

Zum Teil hängt der Friedensprozeß in der DR Kongo von der politischen Haltung seiner Nachbarländer ab. Die Rohstoffvorkommen sind der Hauptgrund der kongolesischen politischen Instabilität, die nachweislich (siehe die einschlägigen UN-Berichte, INDABA 32/01) von den Nachbarländern genährt wird, um Profit aus den von kongolesischen Rebellen erbeuteten Bodenschätzen zu schlagen (INDABA 50/06). Freilich muß man auch laut genug das Versagen der kongolesischen politischen Elite anprangern. Sie hat versagt, weil sie nicht aufhört, so zu leben, als wäre sie selbst

Rohstoffgierige Nachbarn

Afrika: Wind des Wandels?



Von Adalbert Krims

Die Welle von Volksaufständen in Nordafrika bzw. im arabischen Raum kam für die meisten Beobachter (und sogar Geheimdienste) überraschend. Jahrzehntelange Bündnispartner der USA und Europas – wie Ben Ali in Tunesien und Mubarak in Ägypten – wurden durch Massendemonstrationen gestürzt. Und auch Gaddafi, der von Februar 2009 bis Jänner 2010 Vorsitzender der Afrikanischen Union und im November 2010 Gastgeber des EU-Afrika-Gipfels in Tripolis war, blieb von dieser Aufstandsbewegung nicht verschont. Die Frage, was nun auf Dauer an die Stelle der gestürzten Diktaturen treten wird, ist allerdings weiterhin offen. Insofern handelte es sich bisher um „Revolten“ und (noch) nicht um „Revolutionen“...

Beim Gipfeltreffen der *Afrikanischen Union* (AU) in Addis Abeba Ende Jänner spielten die Umbrüche in Nordafrika offiziell keine Rolle, UN-Generalsekretär Ban Ki-moon meinte aber in seiner Eröffnungsansprache, der Kontinent sei „in Bewegung“ und es sei der „Wind des Wandels“ zu spüren: „Überall in Afrika sehen sich die Menschen ermächtigt, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen – an den Wahlurnen, auf den Plätzen“. Was die Wahlurnen betrifft: 2011 ist tatsächlich ein „Superwahljahr“ in Afrika, mit fast 20 nationalen Wahlen, darunter ein Dutzend Präsidentenwahlen. Daß durch diese Wahlen irgendwo ein „Wandel“ eingeleitet werden wird, ist allerdings eher zu bezweifeln. Die erste Präsidentenwahl – am 18. Februar in Uganda – war jedenfalls bereits durch eine massive Aufrüstung der Polizei zum „Schutz der Wahl“ gekennzeichnet: Aus China importierte Wasserwerfer, Mannschaftsbusse, Tränengas und Schutzrüstung sowie die Anheuerung von Jugendmilizen sollten mögliche Unruhen unterbinden – und somit auch den vierten Wahlsieg Museveni sichern helfen.

Obwohl die sozialen Ungerechtigkeiten – und das weitere Anwachsen der Kluft zwischen arm und reich – in Afrika südlich der Sahara nicht geringer sind als nördlich der Sahara, gibt es vorläufig keine Anzeichen für vergleichbare

Volksaufstände. Einige Experten (wie z. B. Maurice Amutabi von der Katholischen Universität Ostafrika in Nairobi) rechnen mit einem „Welleneffekt“ in ganz Afrika, andere sind da eher skeptisch und weisen auf die unterschiedlichen Ausgangslagen hin. Claire Spencer vom Londoner *Chatman House* (einem der führenden unabhängigen Institute für internationale Politik) z. B. sieht den höheren Entwicklungsstand bzw. die stärkere Herausbildung einer Mittelschicht in Nordafrika als einen wesentlichen Unterschied zum subsaharischen Afrika: „Die Ärmsten müssen arbeiten, um etwas zu essen zu haben – nur die, denen es besser geht, können es sich leisten, zu demonstrieren“. Matthias Basedau vom Hamburger *Leibniz-Institut für globale und regionale Studien* meint wiederum, daß der Unterdrückungsapparat in den meisten Ländern des südlichen Afrika weniger ausgebaut und daher mehr legale Opposition zugelassen sei als in den arabischen Staaten, was sich in Bezug auf einen möglichen Aufstand aber eher dämpfend auswirke (bildlich gesprochen: wenn Dampf abgelassen werden kann, explodiert der Druckkessel nicht). Basedau meint außerdem, daß ethnische Unterschiede von den Herrschenden ausgenützt oder sogar geschürt werden, um Massenproteste zu erschweren. Ethnische, regionale oder religiöse Identitäten seien nämlich in vielen afrikanischen Ländern, deren Grenzen ja meist von den früheren Kolonialherren künstlich gezogen wurden, oft wirksamer als das gemeinsame Nationalgefühl. Er bezweifelt hingegen die häufig vertretene These, wonach die geringere Verbreitung des Internets eine wichtige Ursache für das Ausbleiben von Volksaufständen im subsaharischen Afrika sei.

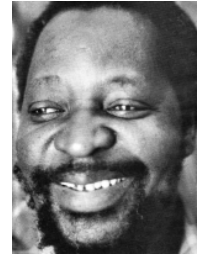
⇒ Fortsetzung auf Seite 28

Adalbert Krims ist Journalist in Wien. Er kommentiert für INDABA aktuelle entwicklungspolitische Trends.

Spurensuche

Malangatana Ngwenya († 2011) und Österreich

2004 erschien in Lissabon ein großartig gestaltetes Werk über Malangatana, mit Essays, Originalzeichnungen, Gedichten und unveröffentlichten Zeichnungen.¹ Malangatana bat Margit Niederhuber damals, einen Text beizusteuern. So begab sie sich auf seine Spuren in Österreich (hier eine gekürzte Version ihres Beitrags). Malangatana verstarb Anfang Jänner 2011.



Malangatana war eine Persönlichkeit mit vielen bunten Facetten. Er sprach einige Sprachen, er reiste viel, er hatte Freundinnen und Freunde in allen Teilen der Welt, er hinterließ Erinnerungen und Werke – und niemand archivierte sie. Sie erzählen von vergangenen Zeiten, von künstlerischen und politischen Aktivitäten. Es wäre schade, wenn diese Geschichten, diese Werke und Erinnerungen verloren gingen, weil sie nie in Forschungen und Kataloge aufgenommen wurden. Ich wollte wenigstens seine Spuren in einem Land zeigen: in Österreich.

Nach 1987 war Malangatana oft in Österreich. Auf seinen Wegen durch Europa, immer sehr beschäftigt, immer mit tausend Ideen im Kopf, mit dem Willen, neue Projekte zu beginnen, mit Schüler/innen zu arbeiten, Künstler/innen zu treffen, politische Aktivitäten zu setzen. In den Jahren davor lebte Malangatana zeitweilig im Norden Moçambiques, 1986 kam er mit einer großen Ausstellung zurück nach Maputo, zurück ins Zentrum der moçambikanischen Kunst. Bald darauf folgten Ausstellungen in europäischen Städten – Leipzig, Stockholm, Sofia und auch Wien. Als Malangatana 1987 zum ersten Mal nach Wien kam, kannten nur wenige Menschen Malangatana und Moçambique. Das änderte sich rasch.

Wie war es möglich, daß eine Person, ein Werk solche Änderungen auslösen konnte? Ich traf Menschen, die mit Malangatana in dieser Zeit arbeiteten. Wir erinnern uns gemeinsam an Geschichte und Geschichten, Erinnerungen an einen großen Künstler, der mit Leidenschaft und Hingabe als Künstler und Politiker sein Land repräsentierte.

Im September 1987 wurde im Palais Palfy eine große Malangatana-Ausstellung eröffnet. Dieter Schrage kuratierte

diese Ausstellung, die ein großer Erfolg wurde: „*Malangatana war international schon sehr bekannt, in Afrika, Asien und Teilen Europas. Seine Ausstellung in Indien wurde z. B. von Ministerpräsidentin Indira Gandhi eröffnet. Er hatte also viel ausgestellt, aber nicht in Zentraleuropa. Ich versuchte eine Ausstellung in meinem Museum² zu organisieren und wurde wieder mit der Tatsache konfrontiert, daß in Österreich wenig über afrikanische und lateinamerikanische Kunst bekannt war. Ich rannte also herum, um einen Ort für diesen in Wien so exotischen Künstler zu finden. Letzten Endes entschieden wir uns für das Palais Palfy, und das Solidaritätskomitee für Moçambique wurde Mitveranstalter. Wichtig dabei war, daß wir vom Außenministerium und anderen Institutionen großzügig unterstützt wurden.*“

Einige ÖsterreicherInnen hatten in Moçambique gearbeitet und kannten Malangatana, viele waren Mitglied im Solidaritätskomitee und von der Idee einer Ausstellung in Wien sehr angetan.

Michael Baiculescu, der erste Präsident der Organisation: „*Unser Komitee entstand 1984. Im Jahre 1986 fuhren wir nach Moçambique und trafen Malangatana. Er war auch Parlamentarier. Wir planten einen Kulturaustausch. Unsere ersten Solidaritätsaktionen hatten mit den Überschwemmungen im Land zu tun, wir wollten aber ein anderes Image zeigen, nicht nur über Naturkatastrophen, sondern auch vom Leben der Menschen, ihren Traditionen und ihrem kulturellem Reichtum. Verständlicherweise war für uns Malangatana dieser kulturelle Botschafter. In Maputo erfuhren wir von geplanten Ausstellungen in Europa. Für uns war das eine große Sache. Wir lernten viel, wir kamen in Kontakt mit Künstler/innen und Institutionen. In unserer Zeitung ‚Moçambique Rundbrief‘ informierten wir die Le-*

ser/innen über Malangatana und moçambikanische Kunst und Kultur, aber auch über die politische und soziale Situation im Land und vor allem über den Bürgerkrieg.“

Die Chance für eine Ausstellung in Wien entstand durch geplante Ausstellungen in Sofia und Stockholm. Wien war auf dem Weg dieser langen Reise.

Dieter Schrage: *„Ich denke noch immer mit Schrecken daran, wie die Bilder in Wien ankamen: auf einem großen Lastwagen, mit zerbrochenen Kisten kamen diese beeindruckenden Riesengemälde, schwer geschädigt vom Transport. Die große Ruhe des Künstlers zeigte sich angesichts dieser Schäden, wie er die Situation akzeptierte. Er hätte jedes Recht der Welt gehabt zornig zu werden, furios. Malangatana ist so sympathisch, offen, impulsiv, voller Kraft, mit einem ganz speziellen Charme. Ich schätzte ihn von Anfang an. Wir hängten die Bilder; es ist immer ein ganz spezieller Moment, wenn ein Künstler dazu kommt. Manchmal muß alles neu gehängt werden. Bei Malangatana mußten wir nur einige Bilder umhängen, er war froh, daß alles schon so weit gediehen war. Diese Offenheit und sein spezieller Charme waren auch für das Begleitprogramm wichtig. Er malte mit Kindern und Jugendlichen, führte durch die Ausstellung.“*

Vor dieser Serie an großen Ausstellungen in Europa erlebte Malangatana ein furioses Comeback in Maputo. Zu seinem 50. Geburtstag wurde eine Ausstellung mit Werken aus dreißig Jahren gezeigt, die moçambikanische Gesellschaft feierte ihren großen Künstler.

Nach der Unabhängigkeit war Malangatana politisch sehr aktiv. Er lebte zeitweilig sogar in Nampula im Norden des Landes und arbeitete für das Kulturministerium. Diese Gegend ist bekannt für Holzskulpturen der Makonde und anderer Völker, für Ton- und Flechtarbeiten. Zurück in Maputo begann er wieder verstärkt zu malen und gründete eine Malschule für die Kinder seiner Wohngegend. Im „Bairro do Aeroporto“ schuf er jeden Sonntag gemeinsam mit den Kindern großflächige bunte Sandbilder.

Hier in Österreich waren die politischen Aktivitäten über Moçambique von Berichten über den grausamen Bürgerkrieg geprägt. Friede war das Thema. Malangatana zeigte uns ein vielfältiges Bild mit einer Intensivität, die aus seinem Leben kam, aus seiner Kunst, seinen eingeschlagenen Wegen und seinen Schwierigkeiten und Erfolgen.

Bald nach der erfolgreichen Ausstellung entstand die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den SPÖ-Frauen. Die neue Bundesvorsitzende, die damalige Frauenstaatssekretärin Johanna Dohnal, und ihre Lebensgefährtin, die Erwachsenenbildnerin Annemarie Aufreiter, suchten eine

Zeichnung einer Malerin oder eines Malers aus Afrika, um eine neue politische Aktion zu starten.

Mit Annemarie Aufreiter, die Organisatorin dieser Aktion, erinnerte ich mich an den gemeinsamen Anfang:

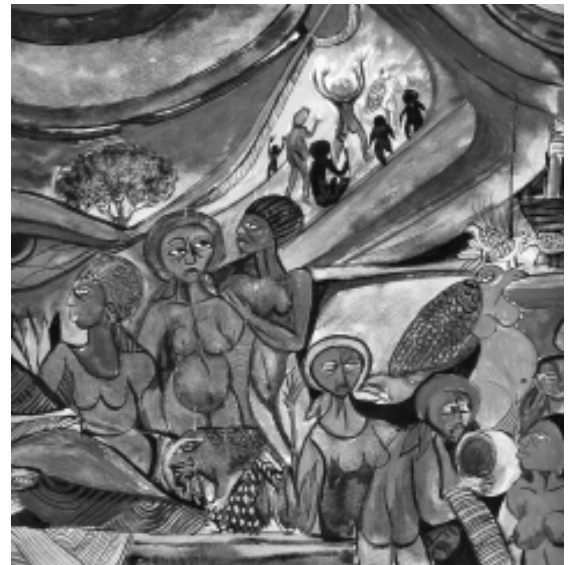
„Das Hauptthema dieses Jahres war Gerechtigkeit. Wir wollten Frauen mobilisieren, um über dieses Thema nachzudenken. Wir wollten eine Gelegenheit, viele Frauen zusammenzubringen. Wir dachten an eine gemeinsame Arbeit, nähen oder so. Ich fragte dich, ob du eine afrikanische Künstlerin kennst, die mitwirken könnte. Du hast mir erzählt, daß zu diesem Zeitpunkt ein afrikanischer Künstler in Wien sei und daß vielleicht das eine Chance wäre. So begann alles.“

Wir haben Malangatana in Deiner Wohnung getroffen. Unsere Idee war, daß ein Bild dieses Künstlers von österreichischen Frauen reproduziert werden sollte. Während dieser Arbeit sollte auch über Moçambique und die Situation der Frauen informiert werden. Malangatana akzeptierte unsere Idee, machte einen Entwurf und half auch bei der Produktion.“

Das Endprodukt sollte ein riesengroßer Teppich sein, 8 x 4 Meter. Die Idee war den Teppich herumzuschicken, zu großen Veranstaltungen, in Banken und Rathäuser und Geld dafür zu verlangen. Malangatana war dabei, als wir die Zeichnung vergrößerten. Es war ein kompliziertes Unterfangen mit einer Textilkünstlerin, die an der Uni in Linz unterrichtete. Wir veranstalteten ein Seminar, 36 Frauengruppen aus ganz Österreich nahmen daran teil und

übernahmen jeweils einen Meter Teppichteil zum Produzieren. Die Textilkünstlerin hatte Wolle in den richtigen Farben vorbereitet, und eine Parlamentarierin aus Oberösterreich übernahm die Koordination.“

Es war eine lange, komplizierte Arbeit mit mehr als 100 Frauen. Das Geld ging an Projekte der OMM, der Organisation der moçambikanischen Frauen: eine Töpferei in



Friedensteppich der sozialistischen Frauen (Ausschnitt)

Morrumbene in Inhambane, ein Feld mit Gemüse, eine kleine Hühnerzucht und eine Kantine in Zambesia. In diesen Zeiten herrschte Krieg in Moçambique, viele Menschen wurden vertrieben, es fehlte an allem. Diese Arbeit verband Malangatana mit Menschen aus dem politischen Leben in Österreich.

Johanna Dohnal war dabei eine zentrale Figur: *„Malangatana und ich hatten eine sehr starke Beziehung. Ich erinnere mich sehr gern an das von ihm gekochte Essen, Caril de Amendoim³, köstlich. Wir haben so viel gegessen. Wir trafen uns in Deiner Wohnung, nächtelang haben wir gesungen und getanzt, manchmal auch in unserem Haus am Land. Malangatana wurde als Künstler gesehen, aber ich habe ihn auch als Politiker geschätzt. Es war eine Erfahrung, ihn reden zu hören. Politik war ein wichtiger Teil seines Lebens, es war diese Verbindung zwischen Kunst und Politik. Wir haben seine Bilder gesehen, seine Kataloge, er erzählte uns Geschichten aus seinem Land. Es war eine schöne Zeit. Ich glaube, daß Malangatana aufgrund seiner Persönlichkeit und seines Engagements viele Menschen in Österreich für Moçambique empfänglich machte.*



Zeichnung auf einem Kalender (Privatbesitz)

Wichtig für unsere Beziehung war auch, daß wir gleiche Ideen hatten, für die gleiche Sache kämpften. Ich habe Malangatana bei Veranstaltungen immer als Botschafter seines Landes vorgestellt. Zur Präsentation des Teppichs organisierten wir Pressekonferenzen und Veranstaltungen, an denen auch Bundeskanzler Franz Vranitzky teilnahm. Moçambique nahm Gestalt an.“

das Interesse für Moçambique wuchs, mehr und mehr Projekte entstanden, viele Künstler/innen reisten ins

Land, viele nahmen an verschiedensten Aktivitäten teil. Heute ist Moçambique ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Der Kontakt zwischen Johanna Dohnal und Malangatana resultierte auch in einem offiziellen Besuch in Moçambique im Jahre 1992, dem ersten eines österreichischen Regierungsmitglieds. Johanna Dohnal über diesen Besuch: *„Betriebe und Frauengruppen besuchte ich besonders gerne. Ich sagte oft, daß ich in Moçambique Frauenministerin sein möchte, da hätte ich mehr Gelegenheit zum Singen und Tanzen. Malangatana begleitete uns. Wenn wir gemeinsam Schulen, Betriebe oder Dörfer besuchten, erlebte ich Malangatana als Politiker, als Parlamentarier. Er wußte über die Probleme der Menschen Bescheid. Während unseres Besuches wurde der Friedensvertrag in Rom unterschrieben. Der Weg für Frieden, für neue Entwicklungen war gegeben, neue Utopien entstanden. Für die Moçambikaner/innen waren diese Tage Freudentage, für die Politiker/innen neue Herausforderungen. Wir haben an vielen Treffen, großen Kundgebungen und Diskussionen teilgenommen. Es war ein Privileg, diese interessanten Tage in Moçambique zu verbringen.“*

Seit seinem ersten Besuch malte Malangatana mit Kindern und Jugendlichen. Die ersten Bilder entstanden an Orten, die mit Entwicklungszusammenarbeit verbunden waren, bald darauf begannen die ersten Schulpartnerschaften.

Veronika Baiculescu ist Professorin und arbeitet in Wien XIV., an der Schule der ersten Partnerschaft mit einer Schule in Maputo, im Bezirk Polana Caniço: *„In unserer Schule malte Malangatana mit den Schüler/innen ein großes Wandbild, das noch immer existiert. Malangatana kam gut mit den Schüler/innen zurecht, er war sehr ruhig, aber auch sehr lustig. Erstaunlich, daß diese Beziehung so gut war trotz der Kommunikation auf englisch. Wenn Malangatana in das Zimmer kam, war das immer sehr beeindruckend, er war wie ein Wirbelwind. Die Schüler/innen waren 10-12 Jahre alt, sie fragten etwas provokant, wer denn das sei, warum er da sei. Malangatana begann mit ihnen zu reden, Witze auf englisch, portugiesisch und deutsch zu machen. Bald darauf fanden sie ihn ‚cool‘, die Beziehung funktionierte. Die Malaktion war eine große Sache in der Schule, und alle wollten mit ihm malen. Es herrschte große Konkurrenz unter den Schüler/innen, und wir mußten Schichten einführen. Die Schüler/innen kontrollierten ganz genau die Minuten, damit alle gleich viel Zeit mit ihm verbrachten. Sie waren glücklich, wenn Malangatana ihre Arbeiten anschaute und ihnen zeigte, wie sie etwas anders machen*

könnten. Dieses Wandgemälde ist sehr speziell, obwohl es die Handschrift Malangatanas trägt. Es strahlt Freude aus, keine Alpträume, es zeigt die Freundschaft zwischen den Schüler/innen der Linzerstrasse und Polana Caniço. Kinderspiele, Tiere, Pflanzen, von unterschiedlicher Qualität und doch eine Einheit. Malangatana erkannte schnell die Qualität der Einzelnen und setzte sie danach ein. Manche waren sogar glücklich, nur braune Punkte zu malen, die dann als Hintergrund verwendet wurden. Es war so wichtig für alle, auch für ihr soziales Verhalten, ein Afrikaner hatte plötzlich eine wichtige erzieherische Funktion. Das blieb in ihren Köpfen. Zehn Jahre lang hatten wir diese Schulpartnerschaft, und die Erinnerungen gibt es noch immer.“

Neben diesen Aktivitäten hatte Malangatana auch Kontakt mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen: für die Friedensbewegung malte er ein großes Bild und fand noch Zeit, seine eigenen Werke zu malen. Diese Bilder reisten dann in andere Länder, nach London, Helsinki oder Lissabon. Für das große Nelson Mandela-Geburtskonzert im Wimbledon Stadion in London malte er das Bild *Os Olhos do Mundo* (Die Augen der Welt). Es wurde vergrößert und als Bühnenhintergrund verwendet. Dieses Konzert wurde in mehr als hundert Länder übertragen. Die Augen Malangatanas beobachteten die Welt und wurden gesehen.

Noch viel mehr entstand in diesen Jahren – ein wunderschöner Kalender, der Eintrag in die Brockhaus-Enzyklopädie, eine kreative Zeit mit vielen Möglichkeiten, die Malangatana mit Lust und Leichtigkeit ergriff.

Im Jahr 1993 wurde in Wien die UN-Menschenrechtskonferenz ausgetragen. Als Verantwortliche für das Kulturprogramm der NGO-Konferenz lud ich Malangatana, Berry Bickle aus Zimbabwe und Minna Antova aus Wien ein, ein gemeinsames 6 x 10 Meter-Bild zu malen. Es war für mich eine große Freude, daß alle drei akzeptierten. Beim Interview erinnerten wir uns an den künstlerischen und kreativen Prozeß.

Minna Antova: „Die erste Erinnerung – ein großes Lachen, offene Arme und Üppigkeit. Es war nicht leicht, drei Künstler/innen vor 60 Meter Leinwand in einem Riesen-saal, weggesperrt wie in einem Kloster, in einer Gegend mit wenig Infrastruktur. Wir kämpften mit der Leinwand, Malangatana war immer der Vermittler, er kommunizierte mit dem Pinsel, schuf Verbindungen, zog sich wenn notwendig zurück, überließ uns den Raum. In den Pausen malte er seine eigenen Bilder, er vibrierte vor Kreativität. Das Bild verdankt Malangatana sehr viel. Die Vorbereitung war per Fax, und wir wußten nicht, wie es funktionieren würde. Unsere

Ideen und Fragen übertrugen wir in Figuren und Bewegungen, sie waren unterschiedlich und stimmten zugleich überein wie in einer Symphonie, das Bild ist voller Dissonanzen und Harmonien, die Spannung ergeben.“

Malangatana war Künstler mit jeder Faser seines Körpers, immer bereit zu kreieren, zuma-

len, so kommunizierte er mit der Welt, mit dem Kosmos. Aufnahmebereit für viele Menschen und Kulturen und nahe seinen afrikanischen Wurzeln – das ist sein Werk und seine Person. Wir können von diesem Kosmos unterschiedlichster Kulturen lernen.

Für mich als Freundin, Kuratorin und Koordinatorin vieler Ereignisse ist Malangatana sehr präsent – in Österreich, Moçambique, England, Finnland und vielleicht wieder einmal in Österreich. Aber das ist eine andere Geschichte – auf bald, Malangatana.

So endete mein damaliger Text. Am 5. Jänner 2011 ist Malangatana gestorben: Hamba Kahle⁴ Malangatana...

Margit Niederhuber ist Regisseurin, Kuratorin und Dramaturgin im Schnittpunkt Gender, Wissenschaft und Trikont, lebt in Wien.

¹ Malangatana: *Pintura, Desenho, Gravura, Cerâmica e Vinte e Quatro Poemas e Outros Inéditos*, editados pelo ISPA. 2004.

² Museum für Moderne Kunst Stiftung Ludwig Wien im Palais Liechtenstein.

³ *Essen aus rohen gestampften oder gemahlene Erdnüssen mit Ochsenfleisch oder Rindfleisch, das viele Stunden gekocht werden muß.*

⁴ Hamba Kahle – in vielen Sprachen Südafrikas ein Abschiedsgruß, der einen guten Weg, eine gute Reise wünscht.



Update: Rudolf Pöch

2007 wies INDABA auf die „rassenkundlichen“ Forschungen Pöch's im Südlichen Afrika hin und beschuldigte den renommierten Anthropologen der Grabräuberei. Findet 2011 ein Akt der Wiedergutmachung statt? Ein Update von Walter Sauer.

Rudolf Pöch (1870-1921) war einer der berühmtesten Anthropologen und Angehörigen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ein Großteil seiner akademischen Reputation stammt aus den Forschungsexpeditionen, die er Anfang des 20. Jahrhunderts ins Südliche Afrika unternahm. Dabei konzentrierte er seine Tätigkeit auf die sogenannten Buschmänner (also San), die er linguistisch und kulturell erforschte. Sein audiovisuelles Material zählt zu den frühesten Aufnahmen von Sprache und Musik der San in Südafrika, Namibia und Botswana.

Südafrikanische Historiker – Martin Legassick und Ciraj Rasool – deckten aufgrund südafrikanischen Archivmaterials allerdings auf, daß es zu Pöch's „Spezialitäten“ zählte, Leichen, Schädel und Knochen verstorbenen San zu sammeln; dabei ging er nicht nur ausgesprochen unethisch vor, sondern handelte auch nach damaligem südafrikanischen Recht illegal. Die menschlichen Überreste, die er – oft gegen den Protest der Angehörigen und unter Androhung von Gewalt – aus frischen Gräbern entfernen ließ, wurden aus Südafrika herausgeschmuggelt und sollten in Wien der „rassenkundlichen Forschung“ dienen. Angeblich sollen sogar lebende San ermordet und ihre Körper einschlägig „verwertet“ worden sein.

2007/08 präsentierte SADOCC das südafrikanische Archivmaterial erstmals der österreichischen Öffentlichkeit (INDABA 54/07 und 58/08). Der renommierten Leiterin der Anthropologischen Sammlung des Naturhistorischen Museums in Wien, Prof. Maria Teschler-Nicola, gelang in der Tat die Identifizierung zweier Leichnamreste in der Sammlung Pöch (genauer: einem der Akademie der Wissenschaften unterstehenden Teil der Sammlung Pöch), die zweifelsfrei seinen Aktivitäten in Südafrika 1909 (in der Umgebung von Kuruman) zugeordnet werden konnten. Teschler-Nicola informierte die Akademie, und vom damaligen südafrikanischen Botschafter, Leslie Gumbi, wurden auch die südafrikanischen Behörden über die Sachlage in Kenntnis gesetzt.

Im Jänner 2009 appellierte SADOCC an den damaligen Wissenschaftsminister Johannes Hahn, die Repatriierung der Leichenreste in die Wege zu leiten. Gleichzeitig wurde Südafrika vorgeschlagen, ein würdiges Begräbnis unter Teilnahme der lokalen San-Gemeinschaften (vermutlich inklusive von Nachkommen) in die Wege zu leiten. Im Herbst 2009 erklärte das BMeiA die Bereitschaft der Republik, die von Pöch geschändeten Leichen(reste) zurückzuerstatten.

SADOCC hofft, daß Repatriierung und Wiederbestattung im Rahmen der für heuer angedachten Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen erfolgen können.

⇒ Fortsetzung von Seite 11

haben. McKinsey prognostiziert, daß Wirtschaftsbereiche wie Konsumgüterindustrie, Landwirtschaft oder Infrastruktur bis 2020 mehr als 2,6 Trillionen US-\$ an zusätzlichem Einkommen für Afrika bringen könnten. Wenn wir die untätigen Hände unserer schätzungsweise 18 Millionen arbeitslosen Jugendlichen unter uns nutzen, dann sollten wir fähig sein, ihnen eine Zukunft zu bieten, auf die sie sich in der Tat freuen können.

Wenn aber nicht – dann müssen wir der Tatsache ins Auge sehen, daß sie allenfalls gegen dieselbe Demokratie, für die wir mit so großer Mühe gekämpft haben, revoltieren werden. Auch die Jugend in der arabischen Welt steht nicht gegen einzelne Diktatoren auf, sondern gegen ein System, das so konstruiert ist, daß sie marginalisiert und machtlos bleiben. Der wirkliche Test für uns ist, ob wir den Mut der Führungsqualität haben werden, jene schweren Entscheidungen zu treffen, die unser Land zu produktiver Arbeit führen und unsere Räuberbarone unter Kontrolle bringen können.

Jay Naidoo war 1985 erster Generalsekretär des Congress of South African Trade Unions (COSATU) und wurde 1994 von Nelson Mandela als Minister ohne Portfeuille zum Regierungskordinator für das Reconstruction and Development Programme (RDP) berufen. 1996 – mit dem Übergang zur neoliberalen Wirtschaftspolitik – wurde er abgelöst. Naidoo ist heute Vorsitzender der Global Alliance for Improved Nutrition / GAIN (www.gain-health.org). Sein Artikel (Beginn einer dreiteiligen Serie) erschien in der Johannesburger „Sunday Times“ vom 6. März 2011 (<http://www.timeslive.co.za/local/article/950884.ece/Cracks-are-already-showing>).

Erster Weltkrieg und Zentralafrika

Eine bizarre Episode des Kampfgeschehens auf den Großen Seen wurde zum Thema von Film und Literatur.

Alex Capus, **Eine Frage der Zeit** (München, Knaus, 2007). 301 S.

Giles Foden, **Die wahre Geschichte der African Queen** (Frankfurt, Fischer Taschenbuch Verlag, 2006). 314 S.

Die Idee, auf den schiffbaren Flüssen Afrikas ins Innere des Kontinents vorzudringen, hatte schon in den frühen Phasen der europäischen Kolonialexpansion ihren Reiz. Drei eiserne Schiffe ermöglichten es in den 1850er Jahren zum Beispiel der österreichischen Jesuitenmission im Sudan, schneller als die einheimischen Boote nilaufwärts an die ugandische Grenze zu fahren. Ein Jahrzehnt später setzte David Livingstone, soeben zum britischen Konsul „für Moçambique und das Hinterland“ ernannt, als erster einen Dampfer ein, mit dem er den Shire (einen Nebenfluß des Zambezi) aufwärts fuhr, um im Hochland von Malawi eine britische Kolonie zu errichten (wobei er allerdings an den Wasserfällen scheiterte). Henri Morton Stanleys Dampfboote auf dem Kongo und seinen Nebenflüssen wiederum ermöglichten in den 1880er Jahren die Expansion des „Freistaats“ des belgischen Königs über riesige Distanzen.

Selbstverständlich bedienten sich auch die Deutschen mehrerer Schiffe, um ihre Kolonie in Ostafrika verkehrsmäßig zu erschließen. Auf Betreiben Hermann von Wissmanns wurde 1893 ein bewaffneter Dampfer auf dem heutigen Malawisee eingesetzt, und 1900 folgte die nach seiner Ehefrau benannte „Hedwig von Wiss-

mann“ auf dem Tanganyikasee. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs kreuzten auf allen Großen Seen dampfgetriebene Schiffe – britische, deutsche und belgische – und machten die Region zum Kriegsschauplatz.

Nicht nur die Militärgeschichtsschreibung hat sich des Themas angenommen, sondern immer wieder auch die Kulturindustrie. Nach einer englischen Romanvorlage der Zwischenkriegszeit (von C. S. Forester) verfilmte John Huston 1951 in *African Queen* die Liebesgeschichte zwischen dem ruppigen Kapitän Humphrey Bogart und der resoluten Methodisten-



schwester Katharine Hepburn, für die der Kampf auf dem Tanganyikasee freilich wenig mehr als den Hintergrund abgab (Clint Eastwood drehte

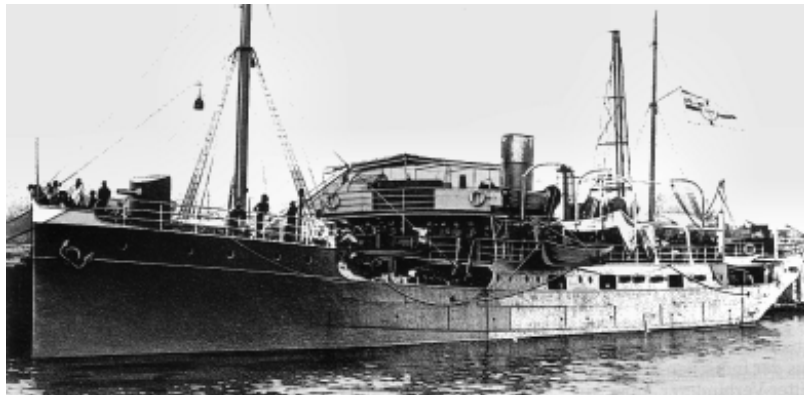
1990 mit *Weißer Jäger, schwarzes Herzeinen* „Film über den Film“ dazu). Die Literatur folgte, zuletzt mit den beiden hier besprochenen Romanen.

Giles Foden liefert mit seinem Buch eine Darstellung der Episode aus britischer Sicht, genauer gesagt anhand des exzentrischen britischen Offiziers Geoffrey Spicer-Simson, der die Aktion kommandierte. Zwei kleine Kanonenboote, die „Mimi“ und die „Toutou“, wurden von Kapstadt aus per Eisenbahn in den Kongo gebracht, von der Station Elisabethville aus (heute Lubumbashi) mehrere hundert Kilometer durch unwegsames und bergiges Gelände geschleppt, dann auf den oberen Kongo (den Lualaba) verschifft und zuletzt mit einer weiteren Bahnlinie an das Westufer des Tanganyikasees gebracht. Ihr Geheimauftrag: die deutsche „Hedwig von Wissmann“ zu versenken. Ende 1915 zerstörte Spicer tatsächlich diesen sowie einen weiteren kleinen Dampfer, die „Kingani“. Ein nutzloser Erfolg allerdings, wie sich bald herausstellen sollte: Unter größter Geheimhaltung hatten die Deutschen nämlich mittlerweile ein riesiges Kriegsschiff auf dem See stationiert, die 1913 in Papenburg an der Ems fertiggestellte „Graf Goetzen“ (nach dem berühmtesten deutschen Gouverneur benannt).

Eben das Schicksal dieser „Goetzen“ liegt dem Roman von **Alex Capus** zugrunde. Tragende Figur ist der Schiffskonstrukteur Anton Rüter, nach dessen Plänen das große Kanonenboot gebaut, in Einzelteile zerlegt, nach Dar es Salaam und von dort aus

mit der deutschen Mittellandbahn an das Ostufer des Sees transportiert und im heutigen Kigoma wieder zusammengesetzt wurde.

Weder Großbritannien noch Belgien hatte dem Schiff etwas Gleichartiges entgegenzusetzen, sodaß also Deutschland nun für einige Monate lang den See kontrollierte. Allerdings rückten die Alliierten auf dem Landweg vor, und im Juli 1916 erhielt Rüter den Befehl, die „Goetzen“ zu zerstören, um sie nicht in Feindeshand fallen



Historische Aufnahme der „Goetzen“

zu lassen. Zerstört wurde sie zwar nicht, aber geflutet und dadurch in den See versenkt.

Beide Bücher ergänzen einander. **Capus** orientiert sich an der deutschen Sicht, streut immer wieder aber auch Abschnitte über die Spicer-Aktion ein, was eine Orientierung des Lesers erleichtert. In einer beeindruckenden Sprache wird die Handlung in geraffter Form und spannend aufbereitet. **Fodens** Buch gibt sich demgegenüber eher als Dokumentation in romanhafter, oft ironischer Gewandung. Zahlreiche Originalzitate und zum Teil detaillierte Schilderungen vermitteln zwar ein anschauliches Bild der Geschehnisse, lassen aber manchmal die Zusammenhänge in den Hintergrund treten und wirken dadurch leicht verwirrend. Ein abschließender Teil schildert die Recherchen des Autors.

Die Episode „African Queen“ ist demzufolge noch nicht vorüber. Wie **Foden** (und ergänzend *Der Spiegel* im Juli 2010) berichtet, steht die „Goetzen“ in Tanzania nämlich noch immer im Einsatz – als Transportschiff unter dem Namen „Liamba“. 1927 wurde das Schiff von den Briten gehoben und wieder instandgesetzt, und bis heute verkehrt sie auf dem Tanganyikasee zwischen Kigoma und dem südlich benachbarten Zambia. *„Ein Krieg und Zusammenstöße mit Tausenden*

Booten und hölzernen Kanus haben Beulen in seinen Rumpf geschlagen. Die Spanten drücken sich durch das Blech wie bei einem hungrigen Hund die Rippen durchs Fell. Die ‚Liamba‘ qualmt, und sie schüttelt sich, so ziemlich alles in ihr ist kaputt. Aber noch immer fährt sie den längsten See der Welt auf und ab, sie fährt Händler und Huren, Diamantenschmuggler, Flüchtlinge, Fischer und Missionare, Soldaten und Gefangene.“

Ein privater Verein, der vom Land Niedersachsen unterstützt wird, will nun das letzte Kanonenboot Kaiser Wilhelm II. wieder nach Deutschland bringen, zur musealen Verwertung. Im Tausch gegen eine moderne „Liamba“, so *Der Spiegel*, wäre das vielleicht möglich.

Walter Sauer

... bücher ...

Nelson Mandela, **Bekenntnisse. Mit einem Vorwort von Barack Obama** (München-Zürich, Piper-Verlag, 2010). 457 S.

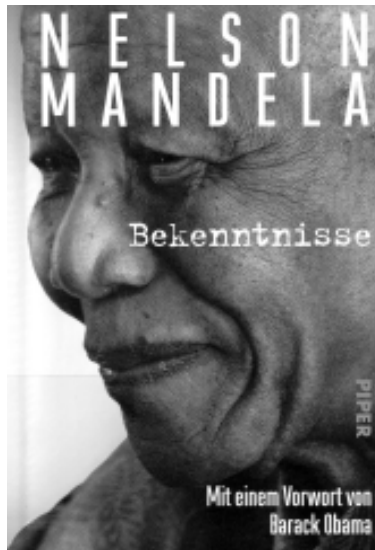
„Bekenntnisse“ geht als Buchprojekt auf das Jahr 2004 und die Eröffnung des *Nelson Mandela Centre of Memory and Dialogue* als der zentralen Einrichtung der *Nelson Mandela Foundation* zurück. **Verne Harris**, Chef des *Memory Programme*, stellte mit einem achtköpfigen Team eine Sammlung aus Primärdokumenten zusammen, die es ermöglichen sollen, den Menschen Mandela kennenzulernen über seine eigenen Worte: direkt, klar, privat.

Die Form des Buches folgt teilweise der Chronologie seines Lebens, teilweise den wichtigsten Themen seiner Reflexionen. Zusammengestellt wurde eine einfühlsame, spannend abwechslungsreiche Mischung aus Tagebuchaufzeichnungen, Briefen, Kalendernotizen, einem unveröffentlichtem Entwurf zur Fortsetzung von „Der lange Weg zur Freiheit“ und vielen Stunden Interviews mit dem Autor Richard Stangel und Gesprächen mit Ahmed Kathrada, welcher mit Mandela und sechs anderen am 12. Juni 1964 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden war.

Eingangs reflektiert **Mandela** sehr persönlich über seine Kindheit und Jugend – darüber, wie seine Xhosa-Erziehung ebenso wie das College-Studium in Fort Hare ihn geprägt haben, er aber als junger Akademiker erst lernen mußte, *„welche Bücher ich lesen und welchen politischen Organisationen ich mich anschließen sollte, wenn ich zu einer disziplinierten Freiheitsbewegung gehen wollte.“* (S. 27). Ab Ende der 40er Jahre bekleidete er

Führungspositionen im ANC, und in den 50er und 60er Jahren nahm er in vorderster Front an allen nationalen Kampagnen und Veranstaltungen im Kampf gegen die Apartheid teil. In Gesprächen mit Ahmed Kathrada beschreibt Mandela, wie es war, gemäß dem *Riotous Assemblies Act* gebannt zu sein, wir lesen in Notizen über seine Gedanken zum bewaffneten Kampf – *Umkhonto we Sizwe* –, die Entscheidung, in den Untergrund zu gehen, über Trainings im Ausland und seine Rückkehr. Sehr interessant sind die vielfältigen Reflexionen und Diskussionen innerhalb des ANC zu Strategien im Befreiungskampf. Langjährige Freunde und Weggefährten werden in Briefen und Erzählungen lebendig und zugänglich, so z. B. Michael Harmel, Chris Hani, Govan Mbeki, Joe Slovo, Ruth First, Albert Luthuli, Walter Sisulu, Oliver Tambo, um nur einige zu nennen.

Im dritten Teil finden wir authentische Zeugnisse zum Rivonia-Prozeß (INDABA 64/09) und Texte und Briefe, welche im Gefängnis verfaßt wurden. Dieser Teil wird fachkundigen Lesern vielleicht schon zum Teil bekannt sein, jedoch hat man sich im vorliegenden Buch bemüht, dem Wunsch Mandelas nachzukommen: „*Ein Thema, das mir im Gefängnis große Sorge bereitete, war das falsche Bild, das ich unabsichtlich der Außenwelt vermittelte; daß man mich als Heiligen betrachtete. Das war ich nie, auch nicht nach einer weltlichen Definition des Heiligen als eines Sünders, der am Ball bleibt.*“ (S. 411).



Der vierte Teil beschäftigt sich mit den geheimen Verhandlungen über den Übergang zur Demokratie und widmet sich Mandelas Zeit als Präsident der Republik Südafrika. Zuletzt lesen wir über seine Reisen in afrikanische Staaten und die Vermittlungs- und Friedenspolitik, über Begegnungen mit Jassir Arafat, Margaret Thatcher, Francois Mitterand, Fidel Castro und dem Papst. In kurzen Absätzen wird ein ganz persönlicher, „unoffizieller“ Eindruck, oft in kleinen Anekdoten, wiedergegeben.

Insgesamt berührt das Buch durch die fast private Nähe, in die der Leser gerät. Dazu tragen auch die geschmackvolle graphische Gestaltung (Handschriften, Notizen) und die Schwarzweiß-Photos zu Beginn der Kapitel bei. Der Weichzeichner-Effekt verstärkt den Eindruck „ein Leben zieht vorbei“.

Man darf in diesem Leben auch „stöbern“, muß also nicht von vorne nach hinten lesen, sondern kann sich z. B. einen Brief an Chief Buthelezi vom 3. Februar 1989 herausgreifen: „... *Der Kampf ist unser Leben, und wir können – auch wenn der Augenblick des Sieges noch nicht unmittelbar bevorstehen mag – diesen Kampf als enorme Bereicherung oder als absolute Katastrophe gestalten. In meiner gesamten politischen Laufbahn haben mich nur wenige Dinge so sehr bedrückt wie die Tatsache, mit ansehen zu müssen, wie unsere Leute sich gegenseitig umbringen, so wie es gegenwärtig geschieht.*“ (S. 257). Oder den Entwurf eines Briefes

an Präsident F. W. de Klerk, 1992, am Vorabend des Bisho-Massakers: „*Nirgends in dem oben erwähnten Brief haben Sie auch nur angedeutet, daß Sie, während Sie um unsere Kooperation warben, gleichzeitig Soldaten an den Grenzen der Ciskei stationierten ... was alles, wie Sie wußten, Spannungen schürte.*“ (S. 336). Oder eine Notiz auf dem Kalender im Gefängnis, 8. Juni 1980: „*Zami kommt in einem fröhlichen blauen Kleid.*“

Eva Rauter

Christoph Haferburg / Malte Steinbrink, **Mega-Event und Stadtentwicklung im globalen Süden. Die Fußballweltmeisterschaft 2010 und ihre Impulse für Südafrika** (Frankfurt, Brandes und Apsel, 2010). 258 S.

Mega-Events finden immer häufiger in Ländern des globalen Südens statt. Die Fußball-WM 2010 in Südafrika war ein exemplarisches Beispiel für diesen Trend. Erstmals fand eine Veranstaltung dieser Größenordnung auf dem afrikanischen Kontinent statt.

Dieser interdisziplinär angelegte Band, herausgegeben von zwei deutschen Sozialgeographen, bietet eine kritische Analyse der Dynamiken, die von innen und außen auf die WM-Austragungsorte wirken. Die Festivalisierung der Stadtpolitik und der enorme Handlungsdruck in der Vorbereitung eines solchen Großereignisses führen zu einer selektiven Beschleunigung der Stadtentwicklung. Die sozialräumlichen Folgen zeichnen sich bereits deutlich ab. Aber profitiert auch die Bevölkerung davon?

Am Beispiel Südafrikas liefert der vorliegende Band Impulse für eine kritische und konstruktive Auseinandersetzung mit kommenden ähnlichen Mega-Events im globalen Süden.

... sadocc news ...

SADOCB-Bibliothek und Moçambique. Mehrere hundert Titel zur politischen Entwicklung in Moçambique seit dem Anfang der 1970er Jahre und bis zum Ende des Jahrtausends übergab der frühere Entwicklungsarbeiter und seinerzeitige Geschäftsführer des Österreichischen Nord/Süd-Instituts, **Kurt Greussing**, im Rahmen einer kleinen Feierstunde am 1. Februar 2011 der SADOCB-Bibliothek. Bei dem in Österreich vermutlich einzigartigen Bestand handelt es sich sowohl um wissenschaftliche Werke als auch um



v.l.n.r.: Eva Rauter, Robert Konrad und Kurt Greussing

sog. Graue Literatur, darunter zahlreiche Dokumente der *Frelimo*, welche die Entwicklung der Partei und der Regierungstätigkeit während des blutigen Bürgerkriegs dokumentieren. Ein weiterer Schwerpunkt der Sammlung liegt auf den Friedensverhandlungen und dem Übergang zum Mehrparteiensystem Anfang der 1990er Jahre.

Kurt Greussing: „*Ich bin sehr froh, daß dieser kleine, aber für seine Zeit typische Bestand in kompetenten Händen ist. Ich glaube ja, daß die Transiti-*

Forum Südliches Afrika

Donnerstag, 14. April 2011, 19.00 Uhr

Xolisa Mabhongo

South Africa – an Evolution in Foreign Policy

South Africa's foreign policy has been evolving since the first democratic elections in 1994. The country plays a pivotal role in the African continent, contributing to peacemaking initiatives as well as development. At the same time South Africa has also pursued strategic partnerships with countries in different parts of the world. In addition to good bilateral relations with countries from all continents South Africa is a member of new formations such as the India Brazil South Africa (IBSA) partnership, a member of BRICS (Brazil, Russia, India, China and South Africa). Since 1994 the country has also played an influential role within the United Nations system because of its strong belief in multilateralism.

Xolisa Mabhongo is the Ambassador of the Republic of South Africa to Austria, Slovenia and Slovakia. His lecture will be in English language.

Einladungen zu weiteren Veranstaltungen im Rahmen des Forums Südliches Afrika erhalten SADOCB-Mitglieder laufend zugesendet.

onsperiode ab ca. 1990 (also vor und nach dem Ende des internen Krieges) der Schlüssel für das Verständnis des heutigen Moçambique und seiner politischen wie wirtschaftlichen Macht- bzw. Klassenverhältnisse ist.“

Die allermeisten Titel sind in Moçambique selbst erschienen und in portugiesischer Sprache geschrieben. Nach den erforderlichen Katalogisierungsarbeiten wird die „Sammlung Greussing“, die eine wertvolle Bereicherung der SADOCB-Bibliothek darstellt, voraussichtlich ab Herbst öffentlich zugänglich sein und hoffentlich dazu führen, daß mehr Forschung zu Moçambique betrieben wird.

⇒ Fortsetzung von Seite 19

Es ist also eher unwahrscheinlich, daß das Jahr 2011 über Nordafrika hinaus ein Jahr des Wandels für den Kontinent sein wird. Dennoch sollte man an das Wort des äthiopischen Politikwissenschaftlers Alemayehu Mariam, der an der *California State University* lehrt, denken: „*Wenn Afrikas Diktaturen fallen, dann Knall auf Fall und ohne Vorwarnung*“. Aber selbst dann bleibt die Frage offen, ob demokratischere Verhältnisse auch die wirtschaftliche und soziale Lage der armen Bevölkerungsmehrheit verbessern könnten.



Zapiro zum politischen Richtungsstreit in Südafrika (Mail&Guardian, www)



Postentgelt bar bezahlt

Erscheinungsort Wien

Verlagsadresse:

A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

.....



28. Mai 2011
Benefizveranstaltung
für obdachlose Frauen und Kinder
in Kapstadt

Programm:

- ◆ Begrüßung
- ◆ Konzert der Gruppe Brazama
- ◆ afrikanische Tanzaufführung
- ◆ Märchen aus Moçambique
- ◆ DJ Krischan

Getränke und südafrikanische Spezialitäten!

Der Reinertrag kommt zur Gänze dem Projekt obdachloser Frauen und Kinder in Kapstadt „Women in Need“ zugute.

Datum: **28. Mai 2011**
Einlaß: **19 Uhr**
Beginn: **20 Uhr**
Ort: **ega:frauen im zentrum**
Windmühlgasse 26, 1060 Wien (Bus 13A, 14A; U3)

Eintritt: **Eintritt gegen freie Spende**
Veranstalter: Dokumentations- und Kooperationszentrum
Südliches Afrika (SADDOCC)